

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 H., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Verkaufsstelle: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dönhofs 202 bis 207

Änderung der Notverordnung?

Hat der Haushaltsausschuß das Recht zur Abänderung? — Geschäftsordnungsdebatte im Ausschuß

Der Haushaltsausschuß des Reichstags trat heute in die Beratung der Anträge ein, die sich auf die Aufhebung bzw. Änderung der Notverordnung vom 26. Juli 1930 beziehen. Die Beratung wurde eingeleitet mit einem instruktiven Vortrag des Vorsitzenden Heimann (Soj.) über Wesen und Umfang des dem Ausschuß vom Plenum erteilten Auftrags über die Befugnisse des Ausschusses. Vom Plenum sei die Frage der Rechtmäßigkeit einer Ausschußberatung mit 339 gegen 220 Stimmen bejaht worden.

Abg. Hugo Heimann (Soj.)

Wenn über die gänzliche oder teilweise Aufhebung eines Gesetzgebungswerts von der Bedeutung und dem Umfang der Notverordnung beraten und beschloffen werden soll, muß die Möglichkeit gegeben sein, den Inhalt der Verordnung nach allen Richtungen durchzuprüfen. Es liegen nun neun Anträge zur Notverordnung vor. Von diesen verlangen zwei, die der Herren Hugenberg und Frick, die gänzliche, drei, die der Herren Torgler, Köster und Nolte, die teilweise Aufhebung der Verordnung vom 26. Juli 1930.

Soweit scheinen mir die Dinge einfach zu liegen. Wenn aber, wie ich annehme, Änderungsanträge zur Notverordnung gestellt werden, so könnte die Frage entstehen, ist das zulässig und, falls ja, wie müssen solche Anträge aussehen und wie sollen sie behandelt werden.

Artikel 48 Absatz 3 der Reichsverfassung besagt bekanntlich, daß von allen nach Absatz 1 und 3 getroffenen Maßnahmen dem Reichstag unverzüglich Kenntnis zu geben ist, und daß die Maßnahmen auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen sind. Auch wenn man diese Bestimmung so eng wie möglich auslegt, wird nicht bestritten werden können, daß damit dem Reichstag nicht die Befugnis und die Möglichkeit genommen ist, ein Gesetz zu beschließen, das vielleicht mit den gleichen, vielleicht mit geänderten Vorschriften die gleiche Materie behandelt wie die Notverordnung, sofern einer Mehrheit aus irgendwelchen Gründen ein solches Gesetz erwünscht ist als die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung.

Gleichzeitig müßte dann natürlich nach Artikel 48 Absatz 3 der Reichsverfassung die Auserkennung der Verordnung verlangt werden.

Die Literatur hat sich bisher nicht viel mit der Frage beschäftigt, ob und wie Verordnungen nach Artikel 48 im Wege der Gesetzgebung geändert werden können. Der bekannte Kommentar von Anschütz schweigt sich über diese Frage vollkommen aus. Nur Boehs-Hester (Handbuch der Reichsverfassung, 3. Auflage, 1928, Seite 242) macht dazu folgende Ausführungen:

„Die diktatorische Maßnahme kann auch durch Gesetz aufgehoben werden... Der Einwand von Graus, daß dadurch die verfassungsmäßige Zuständigkeitsverteilung umponen würde, ist nicht berechtigt. Die Freiheit des Gesetzgebers sollte durch keine Bestimmung des Artikels 48 eingegrenzt werden. Eine solche Beschränkung sollte auch nicht in der Erteilung der besonderen Befugnis an den Reichstag liegen, die Aufhebung zu verlangen. Wenn diese Befugnis nicht bis zu einer unmittelbaren Aufhebung erweitert worden ist, so war das Motiv dafür, zu verhindern, daß übereilte Beschlüsse ohne Uebergangsregelung sofort wirksam würden. Das Gesetzgebungsverfahren bietet hiergegen selbst die nötige Sicherheit.“

Der Verfasser steht also auf dem Standpunkt, daß der Reichs-

tag nicht nur verlangen kann, daß nach Artikel 48 Absatz 1 und 2 erlassene Maßnahmen außer Kraft gesetzt werden, sondern hält es auch für zulässig, daß der Reichstag seinem Verlangen durch Beschluß eines entsprechenden Gesetzes Ausdruck gibt.

Offen bleibt die Frage, ob es nach Lage der Gesetzgebung und früherer Vorgänge möglich ist, ohne Aufhebung der ganzen Verordnung einzelne Bestimmungen der Notverordnung im Wege der Gesetzgebung durch andere Vorschriften zu ersetzen.

Ein Analogon ergibt sich für diese Frage aus der Personalabbauperordnung vom 27. Oktober 1923 in Verbindung mit den beiden Ermächtigungsgesetzen vom Ende des Jahres 1923. Tatsächlich hat der Reichstag wiederholt unter Mitwirkung der Reichsregierung Änderungen der Personalabbauperordnung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung vorgenommen.

Es geht daraus hervor, daß der Reichstag mindestens seit 1925 es als sein Recht angesehen hat, im Wege der ordentlichen Gesetzgebung Änderungen an einer Verordnung vorzunehmen, die er nach dem Wortlaut des ersten Ermächtigungsgesetzes nur von der Reichsregierung „verlangen“ konnte. Da dieser Wortlaut sich in der entscheidenden Bestimmung mit dem Wortlaut des Artikels 48 Absatz 3 der Reichsverfassung deckt, so ist der Schluss berechtigt, daß der Reichstag auch gegenüber der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 das Recht zu Änderungen einzelner Bestimmungen durch Gesetz hat.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Die Bestätigung

„Wer mit der preussischen Polizei anbindet, dessen Kopf braucht nicht erst zu rotieren, er hat sie schon gehabt.“
Severing im Sportpalast



„Hier — ich wage es!“

Wirbelfurm begräbt eine Stadt

Im Staat Oklahoma bisher 140 Tote geborgen.

New York, 20. November.

Die Stadt Bethany im Staate Oklahoma wurde am Mittwoch von einem furchtbaren Wirbelfurm heimgesucht.

New York, 20. November.

Die Sturmkatastrophe in Oklahoma, über die bereits kurz berichtet wurde, erweist sich als weit verhängnisvoller, als man anfangs annahm. Unter den Trümmern der zusammengebrochenen Häuser wurden bisher 140 Leichen hervorgezogen. Die Stadt Bethany ist vollkommen vernichtet. 200 Gebäude sind in Trümmer gelegt. Das Schulhaus im nahe Dorfe Camel brach zusammen, das Dach wurde wie mit einem Messer abgeschnitten und in die Lüfte gehoben. Zwei Schüler kamen ums Leben. Der Tornadosturm war von einem Wolkendruck begleitet. Die Straßen lagen bald über einen halben Meter tief unter Wasser, so daß das Rettungswerk erschwert wurde. Drei Kompanien der Nationalgarde wurden nach Oklahoma entsandt.

Schandtat eines Großbauern.

Den Knecht mit einem Knüttel erschlagen.

Neubrandenburg, 20. November. (Eigenbericht.)

Zu einer blutigen Auseinandersetzung, die ein Todesopfer forderte, kam es in dem Dorfe Thurow zwischen dem Arbeiter Wilhelm Gill und dem Großbauern Heinrich Neumann. Der Hofbesitzer verfehlte dem Arbeiter mit einem dicken Knüttel einen heftigen Schlag über den Schädel. Der Arbeiter brach zusammen und starb einige Stunden später an den Folgen der schweren Verletzungen.

Schiffskatastrophe!

In Nacht und Nebel aufgerannt. — 545 Passagiere in höchster Gefahr!

London, 20. November. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch morgen um 4 Uhr ist der große englische Passagierdampfer Highland Hope bei Nacht und Nebel an der portugiesischen Küste auf einen Felsen gelaufen. Das Schiff ist 14 129 Tonnen groß und hatte 545 Passagiere und Mannschaften an Bord, darunter 233 spanische Auswanderer.

Das Unglück ereignete sich 50 Meilen nordöstlich von Bissabon. Sofort nach dem Zusammenstoß begann das Wasser in die Kesselräume und die unteren Schiffsteile zu dringen; die elektrische Beleuchtung verlöschte. Unter den Passagieren entstand eine Panik. Sie stürzten teilweise nur halb bekleidet auf das Deck. Die Matrosen erhielten sofort den Befehl, die Rettungsboote frei zu machen. Mit Revolvern in der Hand gingen sie an die Ausboattung der Schiffbrüchigen. Um 8 1/2 Uhr hatten die letzten Passagiere das Schiff verlassen. Die Gestrandeten wurden von portugiesischen Fischdampfern aufgenommen und in ein portugiesisches Fischerdorf gebracht, von wo aus sie um 2 1/2 Uhr nachmittags in

Große internationale Kundgebung

Morgen, Freitag, 19 1/2 Uhr, in der Autohalle am Kaiserdamm

Redner: Fritz Adler, Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale; George Hicks, Abgeordneter des englischen Unterhauses, Generalsekretär des britischen Bauarbeiterverbandes und Mitglied der Exekutive des britischen Gewerkschaftsbundes; G. E. Modigliani, Italien, ehemaliger Deputierter; Pietro Nenni, Verfasser des Buches: „Der Todeskampf der Freiheit“; Walter Schevenels, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes; Otto Wels, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Erscheint in Massen! Bekundet Euern Willen zum Kampf gegen den Faschismus! Der Bezirksvorstand

einem Entzug nach Lissabon gebracht wurden. Ein spanischer Auswanderer wurde bei den Bergungsarbeiten schwer verwundet. Alle übrigen Passagiere und Mannschaften wurden gerettet. Es ist nicht damit zu rechnen, daß das Schiff gerettet werden kann.

Die Notverordnung.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Am 8. November 1923 ist ferner auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung des Reichspräsidenten über die Ausprägung von Münzen ergangen. Diese Verordnung ist geändert worden durch § 16 des Münzgesetzes vom 30. August 1924.

Am 8. Dezember 1923 hat der Reichspräsident auf Grund von Artikel 48 eine Verordnung zur Abänderung des Oflupraktionsleistungsgesetzes erlassen. Durch das Befehlungsleistungsgesetz vom 5. April 1927 ist diese Verordnung im § 17 zum Teil gesehlich bestätigt, zum Teil aufgehoben worden.

Danach steht also unabweislich fest, daß der Reichstag auch früher bereits einzelne Bestimmungen von Verordnungen des Reichspräsidenten, die auf Grund von Artikel 48 erlassen sind, im Wege der Gesetzgebung geändert oder aufgehoben hat.

In diese Ausführungen des Vorsitzenden Heimann schloß sich eine

mehrständige Geschäftsordnungsdebatte.

In der die deutschnationalen Abgeordneten Gotthardt und Hertz die Meinung vertreten, daß der Ausschuß zwar die Notverordnung sachlich zu prüfen und dann über die Aufhebung und Aenderung sich schlüssig zu machen habe, daß er aber Änderungen nur in Form einer Entschließung dem Plenum vorschlagen könne. Ein Initiationsgesuch zur Aenderung der Notverordnung könne der Ausschuß nicht beantragen.

Die Kommunisten vertreten wiederholt die Forderung nach sofortiger Abstimmung über die Aufhebungsanträge.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

erklärte: Mit der Ueberweisung der Notverordnung an den Ausschuß sei der Auftrag zur materiellen Prüfung ihres Inhalts erteilt. Eine glatte Aufhebung der Notverordnung könne heute aus sachlichen politischen Gründen nicht in Frage kommen, weil sonst die ganze Staatsverwaltung in der Luft schwebte; sie hätte nur dann einen Sinn, wenn die Gegner der Notverordnung bereit wären, gemeinsam eine Regierungskoalition zu bilden und die Notverordnung durch eine neue bessere Regelung der berührten Materie zu ersetzen. Aber schon die Kommunisten seien jedenfalls dazu nicht bereit. Abänderungsanträge können sehr wohl in Form eines Initiationsgesetzes ans Plenum gebracht werden, das sie dann in drei Lesungen zu beraten habe.

Dieser letzteren Auffassung schloß sich auch der Abg. Gerig (3.) an und der Vorsitzende Heimann stellte fest, daß vom Steuer Ausschuß, Sozialpolitischen Ausschuß und Volkswirtschaftlichen Ausschuß mehrfach Initiationsgesuchentwürfe beim Plenum beantragt worden sind.

Das Ergebnis der Geschäftsordnungsdebatte bestand darin, daß zunächst einmal eine Generaldebatte über den ganzen Komplex der Notverordnung stattfinden und erst nach ihrer Beendigung darüber entschieden werden soll, ob die Abstimmung über die Aufhebung der gesamten Notverordnung vor oder nach der Einzelberatung erfolgen soll.

Heuchelei rechts.

Steindombardement gegen die Wohnung von Oberpräsident Lüdemann.

Die Rechtspresse hat sich darüber erregt, daß Oberpräsident Lüdemann am 9. November an seiner Privatwohnung in Breslau neben der Reichsflagge die rote Fahne gehißt hat. Oberpräsident Lüdemann selbst hat den Zeitungen, die sich darüber ausgelassen haben, ein Schreiben geschickt, in dem er darauf hinweist, daß die rote Fahne die Flagge der Sozialdemokratischen Partei ist, also einer republikanischen Partei, die eine wesentliche Stütze des Staates ist.

Die Parteien, die Gegner des Staates sind, und ihre Presse wollen sich dabei nicht beruhigen, ganz besonders nicht die Nationalsozialisten. Ihre Organisation in Breslau veranstaltete am Dienstag eine öffentliche Kundgebung, in der der Reichstagsabgeordnete Köpfermann sprach. Da seine Ausführungen Beschimpfungen der verfassungsmäßigen Staatsform enthielten, wurde die Versammlung aufgelöst.

Die Versammlungsteilnehmer zogen vor die Wohnung des Oberpräsidenten Lüdemann und warfen ihm die Fenster ein. Die deutschnationalen Hugenberg-Presse verzeichnet diese Heidenat mit Genugtuung und dichtet ihr an, es sei ein Ausbruch des Volkzorns gegen die rote Fahne.

Nach diesem Zusammenstoß gerieten die Nationalsozialisten mit der Polizei zusammen, sie warfen mit Steinen und bezogen dafür Gummistöpsel.

Wenn ein Beamter der Republik die Flagge einer Partei hisst, die die wesentlichste Stütze des Staates ist, so zieht er sich das Mißfallen der Rechtspresse zu. Wenn die Feinde des Staates Wohnungsfenster einschlagen und die Polizei mit Steinen bewerfen, haben sie den Beifall derselben Presse.

Woraus hervorgeht, daß das Geschrei über die rote Fahne des Oberpräsidenten Lüdemann abgrundtiefe Heuchelei ist.

Kein Dank an Baugoin.

Der Christlich-Soziale Parteivorstand für die Verfassung.

Wien, 20. November. (Eigenbericht.)

Der Vorstand der Christlich-Sozialen Partei, der am Mittwoch in Wien verammelt war, sprach dem gegenwärtigen Bundeskanzler Baugoin entgegen dem bisherigen Brauch weder sein Vertrauen noch seinen Dank aus. In der von dem Vorstand angenommenen Entschließung heißt es lediglich, daß die Christlich-Soziale Partei auf dem Boden der Verfassung steht und jeden gewalttätigen Versuch zu ihrer Abänderung ablehnt. In Wiener politischen Kreisen wird dieser Beschluß allgemein als Niederlage des gegenwärtigen Bundeskanzlers angesehen.

Landesratte vorläufig aufgehoben. Das von der Labouretregierung eingeführte Parlamentskomitee empfiehlt dem Unterhaus, für 3 Jahre provisorische Landesräte abzuschaffen.

Die Waffen des Marineklubs

Dr. Lübben, ein Betreuer der nationalsozialistischen Jugend

Der Regierungsrat vom Reichspatentamt Dr. Lübben steht heute zum zweiten Male vor dem Schöffengericht Charlottenburg, diesmal wegen eines Munitions- und Waffenlagers, das er in seinem „Marineklub“ unterhielt. Gegen das Urteil von 9 Monaten am 7. November wegen fittlicher Verfehlungen, begangen an Mitgliedern seines Deutschen Marineklub, hat er Berufung eingelegt.

Der Eröffnungsbeschluss legt Dr. Lübben zur Last, daß er ohne Genehmigung der zuständigen Behörde Waffen- und Munitionslager besaß, Kriegsgerät für inländische Verwendung aufbewahrt, Waffen und Munition, die aus Herresbeständen stammten, im Besitz gehabt habe. Aus einer kurzen Uebersicht des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Rambke, erzählt man den Tatbestand. Der Angeklagte hat Mitte 1926 den Deutschen Marineklub gegründet. Im Zusammenhang mit den bekannten fittlichen Verfehlungen wurde bei ihm von seiner vorgelegten Behörde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Man fand in seiner Wohnung und auf dem Boden eine große Anzahl Waffen und Munition. Unter anderem ein Gewehr 98, eine Mauserpistole, eine Parabellumpistole, vier Eierhandgranaten, eine Selbsthandgranate, drei Trommelrevolver, eine englische Selbstladepistole, drei Magazine für Maschinengewehre, zwei Schlagbolzen für Maschinengewehre, zwei Seitengewehre, 1200 Patronen und noch verschiedenes andere. Die in einem Paket auf dem Boden aufgefundenen Eierhandgranaten waren noch verwendungsfähig. Zwei von den Pistolen sind auf der Jagd „Börth“ beschlagnahmt worden. Der Angeklagte Dr. Lübben bestreitet nicht, von dem Vorhandensein der Waffen auf dem Boden seiner Wohnung etwas gewußt zu haben. Dr. Lübben gibt eine ausführliche Schilderung seines Lebenslaufes. Er ist an der Ostsee groß geworden, hatte mit 22 Jahren sein Doktorexamen gemacht und fand in Berlin beim Geographisch-Statistischen Reichsanstalt eine Anstellung. Er meldete sich als Kriegsfreiwilliger, nahm an verschiedenen Gefechten teil, wurde verwundet und erhielt Auszeichnungen. Nach der Novemberrevolution beteiligte er sich an den Abwehrkämpfen gegen die Spartakisten, war zuerst Mitglied der Schöneberger Einwohnerwehr, später Leiter des Landsturmes auf der Insel Rügen. Nach der Auflösung dieses Landsturmes durch den Kapp-Putsch wurde er Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten und des Wiking-Bundes. Wegen einer Beleidigungsgeschichte, die seinerzeit eine Pistolenforderung zur Folge hatte, und

bei der er keine Unterstützung durch seine Kameraden fand, trat er aus dem Wiking-Bund aus. Anschauungsunterschieden traten hinzu. Daß schon damals fittliche Verfehlungen eine Rolle gespielt hätten, bestreitet er. Er beteiligte sich aktiv am Ruhrkampf und war, wie er behauptet, innenpolitisch nicht mehr tätig. 1922/23 gehörte er dem Stahlhelm an und ist augenblicklich eingeschriebenes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und Mitglied des Offiziersbundes des Nachrichtenbundes.

Hakenkreuz - Wifingerschiff.

Es folgt eine ausführliche Erzählung, unter welchen Umständen der Deutsche Marineklub gegründet wurde. Aus den vom Vorsitzenden vorlesenen Aussagen geht hervor, daß der Klub die marineportuliche Erziehung seiner Mitglieder zur Aufgabe hatte, und daß eine politische Betätigung ausgeschlossen war. Vorsitzender: Ist es Ihnen denn gelungen, jede politische Betätigung aus Ihrem Klub auszuschließen? Angeklagter: Ja. Es sind wiederholt Versuche gemacht worden, den Klub ins politische Fahrwasser zu treiben. So haben z. B. zwei bis drei Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei mehrmals die Hakenkreuzflagge gehißt. Ich habe sie ihnen schließlich weggenommen. Die jungen Leute sind darauf aus dem Klub ausgeschlossen. Vorsitzender: Sie führten aber die alte Kriegsflagge auf dem See, Ihre Standardflagge zeigte auf dem blauen Felde drei schwarzweiße Ringe. Sie führten das alte Wifingerschiff als Abzeichen, wenn das im großen und ganzen dem Ehrhardt-Abzeichen entsprach, sie haben doch weder mit der Ehrhardt-Brigade noch mit der alten Marine etwas zu schaffen. Angeklagter: Das war rein zufällig. Vorsitzender: Für Sie mag es eine reine Zufälligkeit gewesen sein, bei den jungen Leuten muß das Abzeichen aber eine gedankliche Brücke zur Vergangenheit schlagen. Der Zeuge Siegler hat ausgesagt, daß Sie ihm ein Ehrhardt-Abzeichen geschenkt hätten, und eine Anzahl Zeugen hat bekundet, daß bei dem Klubabend auch von dem Fortleben und Wiederaufleben des Wiking-Ehrhardt-Gebantens durch den Marineklub gesprochen worden sei. Der Angeklagte bestreitet beides. Er bestreitet auch, daß irgendwelche Uebungen militärischer Art vorgenommen worden seien.

Zur Verhandlung ist eine große Anzahl Zeugen geladen. Außerdem mehrere Schießscharführer. Das Waffenlager soll aus dem Polizeipräsidium in den Gerichtssaal transportiert werden.

Berlins Kassen leer!

Magistrat fordert neue Steuern. / Defizit über 90 Millionen!

Der Magistrat wird heute nachmittags der Stadtverordnetenversammlung eine neue Dringlichkeitsvorlage über die Deckung des auf neunzig Millionen Mark angewachsenen Defizits zugehen lassen. Der Magistrat weist noch einmal auf die Notwendigkeit hin, neue Steuerquellen zu beschaffen, da sonst das durch die Wohlfahrtslasten von Tag zu Tag drohend anwachsende Defizit verhängnisvolle Folgen für die Stadt haben müßte. Der durch Steuern zu deckende Teil des Defizits beträgt jetzt rund 30 Millionen, von denen bisher nur 3,2 Millionen durch die beschlossene Erhöhung der Biersteuer gedeckt sind.

Der Magistrat schlägt vor, die Grundvermögenssteuer von 275 auf 300 Proz. rückwirkend vom 1. April 1930 zu erhöhen. Eine Annahme dieser Steuererhöhung, die im jetzigen Augenblick allerdings keine Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung finden dürfte, würde eine Erhöhung der Miete um 4 Proz. vom 1. Januar 1931 ab bedeuten. Die Gewerbesteuer soll um 50 Proz. erhöht werden. Und schließlich steht der Magistratsvorsitz eine Erhöhung der Lohnsummensteuer, die bekanntlich vom Arbeitgeber zu tragen ist, von 1250 auf 1450 Proz. ab 1. Januar 1931 vor.

Volkspartei für Hakenkreuz.

Sie erklärt ihr Vertrauen zu Fric.

Weimar, 20. November.

Im Thüringer Landtag wurde am Donnerstag der nationalsozialistische Vertrauensantrag für die Gesamtregierung mit 28 Stimmen der Reichsparteien einschließlich der Deutschen Volkspartei gegen 25 Stimmen angenommen. Ueber die sozialdemokratischen Vertrauensanträge gegen Staatsminister Dr. Fric und Staatsrat Ratschler wurde auf Antrag der Landvolkpartei zur Tagesordnung übergegangen. Der kommunistische Auflösungsantrag fand keine Mehrheit.

Leipart über die Krise.

Leitfäden zu ihrer Bekämpfung.

Bodum, 20. November. (Eigenbericht.)

Der Bezirk Rheinland und Westfalen des NSDAP. veranstaltete am Mittwoch in Düsseldorf eine Kundgebung, die als Antwort auf die letzte Tagung des Langnam-Bereins gedacht war. Zu dem Thema „Gewerkschaften und Wirtschaftskrise“ sprach unter anderem der Vorsitzende des NSDAP., Theodor Leipart, der seine Ausführungen in folgenden Leitfäden zusammenfaßte:

1. Kampf für die Revision und die schlechteste Aufhebung der Reparationsverpflichtungen; wobei wir uns klar darüber sind, daß der Erfolg nur allmählich und nur durch innere Beschlossenheit des deutschen Volkes gegenüber dem Ausland zu erzielen ist.
2. Entlastung der Wirtschaft in erster Linie durch Sanierung der öffentlichen Finanzen; denn gesunde Finanzen sind Voraussetzung und Rückgrat einer gesunden Wirtschaft.
3. 40-Stunden-Woche als Notmaßnahme, die allmählich die Gesundung der Wirtschaft vorbereiten kann.
4. Keine Senkung der Realloehne, weil sie den Aufschwung der Wirtschaft verhindert.
5. Angleichung des deutschen Wechselkurses an die Weltmarktpreise durch Bekämpfung unwirtschaftlicher Preisbindungen, durch Kartellkontrolle und Zollentzogen.
6. Förderung einer zeitgemäßen Umstellung in der Landwirtschaft ohne Kaufkraftverchiebung zumungunsten der Ar-

beiterchaft. Kampf den Uebergewinnen des Zwischenhandels, die den Verbraucher ebenso ausbeuten wie den Erzeuger.

7. Kampf dem heutigen Junktimst der Innungen, die durch Verteuerung lebenswichtiger Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zufügen.

8. Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bei Produzenten und Konsumenten. Unterstützung aller Bestrebungen, die die Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher zu gemeinsamem Handeln zusammenführen.

Leipart schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Gewerkschaftsfunktionäre, die Mitglieder und die große Zahl der immer Unentschiedenen zu stärken, im Glauben an das Recht und den Erfolg gewerkschaftlichen Kampfes.

24 500 Mk. Postgelder geraubt.

Berliner Autokräuber in Wittenberg.

Ein räuberischer Ueberfall wurde heute vormittags in Wittenberg verübt. Es scheint, daß es sich um Berliner Verbrecher handelte, die mit einem Auto in die Provinz gefahren waren.

Zwei Postkassierer hatten den Auftrag, nach der Reichsbankstelle 24 500 Mark zu bringen, die einer von ihnen in einem Kufack auf dem Rücken trug. In einer stark belebten Straße fuhr plötzlich eine Limousine an den beiden Männern vorbei und stoppte kurz vor ihnen. Aus dem Auto, in dem drei Männer sich befanden, stiegen zwei aus.

zogen Pistolen und stellten sich mit dem Ruf „Hände hoch!“ den Postkassierern in den Weg. Während der eine die Beamten mit der Waffe in Schach hielt, schnitt der zweite die Halfterriemen des Kufackers durch und warf ihn mit dem Inhalt in das Auto.

Als Passanten auf den ungewöhnlichen Vorfall hin herbeikamen, hielten die Räuber sich die Leute mit den Waffen vom Leibe. Sie sprangen, während alles zurückwich, in den Wagen und jagten in raschem Tempo in der Richtung nach Berlin davon. Die Polizei in Wittenberg, die von dem dreifachen Raub in Kenntnis gesetzt wurde, nahm mit einem starken Kraftwagen die Verfolgung auf. Bisher sind Meldungen von einer Festnahme der Flüchtigen noch nicht eingegangen. Nach der Bekundung der Zeugen soll der Wagen der Räuber das Kennzeichen I M getragen haben, doch können die Leute sich auch irren und es handelte sich um einen in Berlin zugelassenen Wagen mit dem Zeichen I A. Das geraubte Geld bestand aus gebündelten 100-, 50- und 20-Mark-Scheinen. Bei der Verfolgung auf der Chaussee schossen die Polizeibeamten auf das flüchtige Auto. Das hintere Scheidenrad wurde durch einen Schuß beschädigt, außerdem soll eine der im Wagen sitzenden Personen getroffen worden sein. Wie festgestellt worden ist, gehört das Auto einem Kaufmann in der Kaiser-Wilhelm-Straße 74 zu Pichtenrade. Es wurde dem Eigentümer in der letzten Nacht aus der verschlossenen Garage gestohlen. Das Raubdezernat des Berliner Polizeipräsidiums hat die weitere Verfolgung der Räuber in die Wege geleitet. Mitteilungen nimmt die Dienststelle A 5 im Polizeipräsidium und die Oberpostdirektion Berlin entgegen.

Schändung des Rathenau-Brunnens

Eine neue Leistung der Hakenkreuzler.

In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag ist der Rathenau-Brunnen im Volkspark Rehberger in überster Waife beschmutzt worden. Gemeines Geringes hat das Denkmal mit Unflätigkeiten beschmiert. Als Wüstenartie prangten Stahlhelm, Hakenkreuz und „Front Heil“. Auch die Reliefs von Emil und Walther Rathenau wurden beschmiert. Das ist der Geist des dritten Reiches! Das deutsche Volk wird diesen Tenden einmal tüchtig auf die schmierigen Finger klopfen müssen!

Das Haus am Wedding

Ein neues Verwaltungsgebäude des Bezirksamts in der Müllerstraße

Endlich hat jetzt der Bezirk Wedding, nach Kreuzberg der zweitgrößte Bezirk Berlins, das dringend benötigte Verwaltungsgebäude erhalten. Ein Rathaus zu bauen, gestattete die Not der Zeit nicht. So entstand ein Klergerleiderer, einfacher Zweckmäßigkeitsbau, der vor Vertretern der städtischen Verwaltung mit einer schlichten Feler eingeweiht wurde. Das Gebäude, dessen Kosten sich auf 2,4 Millionen Mark belaufen, ist in der Müllerstraße an der Ecke der Limburger Straße, ganz in der Nähe des Leopoldplatzes, erbaut worden. Trotz einfacher Mittel wirkt das rechteckige Gebäude imposant und darf als ein neues Wahrzeichen Berlins bezeichnet werden.

In seiner kurzen Begrüßungsansprache betonte der Bürgermeister des Bezirks, Genosse Feld, daß der Vorteil des Baus vor allem die Zusammenfassung der Dienststellen mit ihren mehr als 600 Beamten und Angestellten sei. Dadurch werde die Verwaltung übersichtlicher, und man könne den Verstaatlichungsbekämpfung. Darüber hinaus spart die Stadt Berlin die Mieten in Höhe von jährlich 200 000 Mark, die das Bezirksamt bisher für Büros in Privathäusern bezahlen mußte. Die Wohlfahrtsverwaltung habe einen Umfang angenommen, den noch vor einem Jahr niemand voraussehen konnte. Ingesamt habe zur Zeit das Bezirksamt Wedding 41 803 Wohlfahrtsunterstützte zu betreuen. Der Bürgermeister dankte besonders dem Stadtrat Bod und Magistratsoberbaurat Helwig, die sich um den Bau besondere Verdienste erworben haben, sowie den zahlreichen Arbeitern und Angestellten. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Die Beamten und Angestellten, die in diesem Hause die Geschäfte der städtischen Verwaltung mit zu besorgen und auszuführen haben, werden, so hoffe ich, sich bemühen, daß sie für die von uns zu betreuende Bevölkerung tätig sind und daß sie mit uns gemeinsam Dienst leisten am Volke, Dienst im Interesse der Stadt Berlin und Dienst an der Deutschen Republik.“

Ein von der Schullnagelgemeinde Wedding aufgenommener Film veranschaulichte die Entwicklung des Baus, dessen Grundsteinlegung im November 1928 stattfand. Das neue Verwaltungsgebäude zeigt an seinen Außenfronten violette Marmorsteine, während die Innenräume hell und freundlich gehalten sind. Mit den einfachsten Mitteln hat man gute, künstlerische Wirkungen erzielt. Besonders gelungen ist das Foyer, das unmittelbar zum Sitzungssaal der Bezirksverordneten führt. In dem Haus, dessen Strophenfront 133 Meter lang ist, sind untergebracht: die Hauptverwaltung, die Finanzverwaltung, das Gesundheitsamt, das Volkshilfsamt, Teile des Wohlfahrts- und Jugendamtes und schließlich das Steueramt sowie die Hauptsteuerverwaltung.

Wir schließen uns den Wünschen des sozialdemokratischen Bürgermeisters an und wollen hoffen, daß die Arbeit in dem neuen Hause dem Wohle der arbeitenden Weddingener Bevölkerung dienen möge.

Bildpädagogik und Bildstatistik.

Otto Neurath im preussischen Volksbildungsministerium.

Vom Volksbildungsminister Grimme eingeladen, sprach vor Direktoren der pädagogischen Akademien und Leitern des preussischen Volkshilfsamtes der Direktor des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, Gen. Otto Neurath, über „Bildhafte Pädagogik“. Unter Hinweis auf das bildhafte Elementarwerk „Gesellschaft und Wirtschaft“, das in Wien im Institut als neuartiges Bildungsmittel erschienen ist und an Hand von Lichtbildern zeigte der Vortragende die Möglichkeit, den gesamten Unterricht bildhaft zu betreiben. Ausgangspunkt für die Wiener Arbeit war die Volksbildung: rasch und sicher soziale Einsicht zu vermitteln, ohne bei den Lernenden Widerwilligkeit zu erwecken. Vortrag und Bilder zeigten ein durchgeübtes System der Farben- und Formensymbolik, die gelegentlich als Renaissance der Hieroglyphenschrift bezeichnet worden ist. Einer der Grundgedanken der bildhaften Pädagogik ist es, größere Mengen von Gegenständen durch größere Mengen von Sachzeichen abzubilden. Abgerundete Daten in richtiger Auswahl dienen als Grundlage der Darstellung. Es ist besser, sich vereinfachte Mengenbilder zu merken, als genaue Zahlen zu verzeihen. Die Bildstatistik nach dieser Wiener Methode hat auch internationale Bedeutung. In Bildern dargestellte Tatsachen wirken weniger emotional und können daher die Gegenstände weitaus besser überblicken: Bilder verbinden, Worte trennen. Manche sehen in diesem System, das den Aufbau des Unterrichts ändern kann, entscheidende Schritte zu neuer Pädagogik. Die Bildpädagogik stellt einen Teil der Wiener Schulreform dar, sie ist über die Schule hinaus für die Arbeiterbildung aller Länder bedeutsam.

Lob der Justiz.

Was wollt Ihr von Braunschweig?

Kunmehr bitte ich mit energischer Ausdrucksweise, daß das Genörgel über die Justiz im Lande des Herrn Franzen endlich aufhört. Was wollen Sie eigentlich von den Braunschweiger Richtern? Sie sollen reaktionär sein? Ich sage Ihnen: die Zivilkammer, die ihre einstweilige Verfügung in Sachen Franzen gegen den Braunschweiger „Volksfreund“ bestätigt hat, ist alles andere als rückwärtsgerichtet, sie ist nicht nur fortschrittlich, sie ist revolutionär!

Sie lächeln, Sie zweifeln? Lassen Sie sich belehren! Wie war es früher? Ich nehme als Beispiel den Essener Meineidsprozeß von 1895. Ich so, von dem wissen Sie nichts mehr? Hören Sie bitte zu: Da hatte in einer Essener Bergarbeiterverammlung der baumlange, als brutal bekannte Gendarm Münter den Bergmann und ehemaligen Kaiserfeldbegleiteten Schröder zu Boden gestoßen. Als die sozialdemokratische Zeitung am Ort diese Tat rügte, wurde, wie das damals so war, natürlich nicht Herr Münter, sondern der Kapitän unter Anklage gestellt. In der Verhandlung beschwor Herr Münter, daß er nicht gestoßen habe, sieben sozialdemokratische Zeugen bezeugten unter Eid das Gegenteil: Erfolg: der Kapitän wurde verurteilt und gegen die sieben Zeugen eröffnete der Staatsanwalt ein Strafverfahren wegen Meineid. Im Prozeß gegen die sieben traten sieben oder acht neue Zeugen auf, die bezeugten, daß Münter gestoßen habe. Münter dagegen beschwor wiederum, nicht gestoßen zu haben. Erfolg: die sieben wurden wegen Meineid zu langen Zuchthausstrafen verurteilt. Deswegen keine Unruhe! Man hat sie im Jahre 1911, also sechzehn Jahre später, nachdem sie ihre Strafen fein säubertlich abgeessen hatten, im Wiedernahmverfahren freige-

gesprochen, soweit sie notabene noch erreichbar waren. Der Gendarm Münter hatte sich nämlich inzwischen auch noch in vielen anderen Beziehungen als übler Schweinehund entpuppt.

Aber sehen Sie: so war das damals! Ein einziger Gendarm schwur mit gerecktem Zeigefinger ohne jede Schwierigkeit sieben, vierzehn, im Bedarfsfälle auch vierundzwanzig Zeugen unter den Tisch. Die Uniform, die gepußten Knöpfe, die schimmernde Helmspitze, der scheppernde Schleppfidel, die spornstirrende Stiefel genügten. Aus so viel Glanz und Messing konnte doch nur die lauzere Wahrheit strahlen. Die Uniform schwor — nicht, was darin steckte!

Und nun sehen Sie dagegen die revolutionäre Tat des Braunschweiger Gerichts: sechs uniformierte Polizeibeamte zeugen einmütig gegen den einen Zivilminister Franzen, es nützt ihnen nichts! Ein Wörtlein des Zivilisten schlägt sechs Polizeibeamte zu Boden. Herr Franzen braucht gar nicht selber zu schwören. Er braucht nur zu sagen: Ich bin Minister und preussischer Amtsrichter a. D. Da nicht das ganze Gericht: Bei einem solchen Manne ist jede Unkorrektheit ausgeschlossen. Sechs Polizeibeamte haben gehört, nicht einmal, mehrmals, wie Franzen den Guch als Bohse legitimierte? Schwur, egal! Sie wollen es beschwören? — Na, sechs Meineidsprozesse werden fällig. Und wenn

Bergarbeiterdrama von Ernst Ottwalt.

Wallner-Theater.

Im Wallner-Theater wollten die Nazis ihre Volksbühne einrichten. Seit Wochen zeigten sie die „Räuber“. Dann wurden sie von Piscator ausgetauft, und die Nazis müssen auf bessere Zeiten warten. Piscator veranstaltet eine dramatische Totenfeier für die Opfer der Katastrophen von Neurode und Alsdorf. Verfasser des Bergarbeiterdramas „Jeden Tag 4“ (das heißt: jeden Tag fordern die deutschen Bergwerke vier Menschenopfer) ist Ernst Ottwalt, der sich schon durch seinen Selbsterlebnisdrama „Ruhe und Ordnung“ auszeichnete. Darin war die schillernde Unstetigkeit unserer deutschen Jugend geschildert. Sie weiß nicht, ob sie im braunen Hemd oder im Zeichen des Sowjetsterns das Vaterland erkämpfen soll. Da sie unsicher, arm, schlecht genährt und schlecht erzogen ist, geht mit dieser Jugend die hitlerische Sturmtruppenverrücktheit durch.

Das Bergarbeiterdrama ist Herzprodukt des jungen Schriftstellers. Es ist aber auch das übliche, betrübliche, tragisch aufgelagte, theatralisch ungeschickt hergerichtete Bekenntnis des revolutionären Jünglings. Dann geschieht das entsetzliche Unglück. 151 Proletarier des Schachtes werden getötet. Zweideutige und heuchlerische Vertuschungspolitik der Behörden und des Parlaments werden entlarvt. Die am schwersten getroffene Bergmannsrau, die bei dem Unglück Ehemann und Sohn verlor, reißt ihren Jüngsten an sich und schreit: „Der darf nicht mehr in die Grube, niemals mehr!“ Ihr wagt es: nach einigen Jahren wird die Kat sie lehren, daß solche Proletarierwünsche zu Reineiden werden müssen. Zu all dem Furchtbaren gibt ein Sprechchor den anliegenden und rebellischen Unterton. Einige Klassenbewußte Bergleute, die noch nicht ganz entmündigt sind, verüben den kommenden Aufruhr.

Diese herzerweichenden Tatsachen kennen wir. Da wir das dichterische Talent des tiefbewegten Schriftstellers kennen lernen möchten, kommt über uns die tiefe Enttäuschung, kommt über uns die tiefe Niedergeschlagenheit. Aus dem höchsten Unglück und verstandnisvollen Mitleid zieht er nur die platteste Alltäglichkeit. Alles im Theater verzagt. Nicht einmal Gelegenheit zum lärmenden Mitspielen der Theaterbesucher bietet sich. Die Pointen des revolutionären Dramatikers sind zu schwach. Das Werk, das er so häufig improvisierte, ist auch nicht durch den hingebungslosen Regisseur Friedrich Rubner und die Schauspieler zu retten, die sich in den Dienst der guten Partesache stellen. M. H.

Julius Hart-Gedenkfeier.

Matinée in der Volksbühne Bülowplatz.

Am 7. Juli dieses Jahres starb der Dichter, Denker und Kritiker Julius Hart. Dem Gedächtnis des Einundsechzigjährigen galt die Feier am Sonntag mittag in der Volksbühne am Bülowplatz.

„Kritische Waffengänge“ hieß das Werk, die Sammlung von Kritiken, die die Brüder Heinrich und Julius Hart in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Mittelpunkt des Interesses des geistig lebenden Deutschlands rückte. Die alten Götter wurden zertrümmert, es zeigte sich plötzlich, daß sie nur aus Ton bestanden. Die literarischen Lieblinge eines faulen, arrivierten Bürgerturns enthüllten ihr banales Gesicht, ihre künstlerische Unfähigkeit. Die Brüder Hart rissen ihnen schamlos die Maske herunter. Aber es war nicht die Freude am Zerstören, am Regieren des Bestehenden, sondern der leidenschaftliche Wunsch, die Dinge beim wahren Namen zu nennen, bis zum Kern der Erscheinung vorzustoßen, und Wesentliches, wirklich Lebendiges an Stelle des Idealen, nur Routinierern zu sehen. Begeisterungsfähigkeit bis zur klammenden Leidenschaft für das Leben, für wahre, große Kunst zeichnen Julius und seinen früh verstorbenen Bruder Heinrich aus. Sie sprachen aus den Dichtungen, die der Schauspieler Friedrich Kayser beherrscht, aber mit starkem, innerem Erleben spricht.

In kurzen, prägnanten Worten umreißen Julius Hart und Adele Gerhards das Bild dieses seltenen Mannes. Sob kommt es mehr auf die geistige Haltung an, der Frau auf die menschliche Persönlichkeit. Uneigenüchtigkeit, altriges Helfen, Förderung junger Talente bedeuteten für Julius Hart Selbstverständlichkeit. Er kämpfte nie gegen Personen, sondern gegen die Sache, die sie vertraten, er setzte sich für Begabungen ein, nicht nur weil sie ihm menschlich nahestanden, vielmehr, weil er von dem Glauben durchdrungen war, diese geistige Kraft dürfe nicht verlorengehen. Hart, der Idealist, wies den lange verschütteten Weg zur Verlung großer Kunst, zum selbstlosen Einsatz für das, was er als Wahrheit erkannte. Ein Kämpfer um der Sache willen. —

„Susanne macht Ordnung.“

Atrium.

Wer etwa glaubt, daß Susanne in den Tonfilmwiewore Ordnung hineindringt, der irrt sich mal wieder ganz gewaltig. Man hat unständig eine Rollenliste ausgearbeitet und aus überalterten Wigen und abgebrauchten Situationen einen lustigen (die Bezeich-

zung lustig kann nur für die Antündigung der Firma gelten) Tonfilm geschaffen. Susanne wird in einem Pensionat in der Schweiz erzogen. Sie rückt aus und fährt nach Berlin, um in der Millionenstadt ihren unbekannten Vater zu suchen. Nachdem sie durch diese Suche in drei Familien Unheil angerichtet hat, endet sie in den schubereiten Armen eines Liebhabers. Das Drehbuch nahm Eugen Ibsen in eine planlose Regie. Er wußte offenbar gar nicht, was er wollte; er verpflichtete sich weder der Operette noch dem Lustspiel und der Film wirkt daher an den Stellen am besten, wo er die Schauspieler einfach sich selbst überläßt. Von denen sucht jeder nach Möglichkeit Eindruck zu machen, spielt jeder ein paar Paradiesjungen, und wenn damit Schluss ist, wird tonfilmmäßig gelungen und getanzt. Traus van Alten findet sich mit der Rolle des Bedienten gut ab. Die Schloßer von Leo Beug reihen sich der üblichen Serienproduktion ein. Der einzige Gewinn des Abends waren die Comedian Harmonists, die persönlich auf der Bühne standen. e. b.

Mord im Auto.

Tänzerin erschießt ihren Geliebten.

Leipzig, 20. November.

Auf der Rückfahrt von einem Automobilausflug hat heute nachmittag auf der Staatsstraße Grimma—Leipzig die 25 Jahre alte aus Halle gebürtige Tänzerin Koch ihren Freund, den 48jährigen Kaufmann Thranhardt, am Führersitz seines Kraftwagens durch Revolvergeschosse getötet. Die Täterin stellte sich noch in der Nacht der Leipziger Kriminalpolizei. Sie gab an, seit etwa einem halben Jahr habe sie sich mit dem Gedanken getragen, mit Thranhardt gemeinsam zu sterben. Thranhardt habe ein großes Haus geführt, und sie habe ihn mit Geldmitteln unterstützen müssen. Als sie kein Geld mehr beschaffen konnte, habe sie sich entschlossen, die Tat auszuführen.

Die Tänzerin wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen.

Die Tänzerin wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen.

Die Tänzerin wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen.

Die Tänzerin wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen.

Die Tänzerin wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen. Sie wurde in der Nacht von der Staatspolizei in Leipzig festgenommen.

Verteilung der Heinrich-Herg-Medaillen.

In der Festigung, welche die Heinrich-Herg-Gesellschaft zur Förderung des Rundfunkens gemeinsam mit dem Elektrotechnischen Verein abhielt, wurden zunächst zwei bronzene Medaillen an die um das Rundfunkens verdienten Mitbegründer der Telefunken-Gesellschaft, Generaldirektor von Siemens u. Halske Dr. Wolf Franke und Konnerzienrat Paul Ramoth von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft verliehen.

Dann überreichte der Präsident der Gesellschaft, Professor R. W. Wagner, die goldene Heinrich-Herg-Medaille dem um die Entwicklung der Bildübertragung und des Fernsehens ganz besonders verdienten Erfinder der Karolus-Zelle, Prof. Dr. August Karolus, Leipzig. In seiner Dankagung erwähnte dieser, daß das eigentliche Fernsehen noch immer erst Sache des Laboratoriumsversuches ist. Für befriedigend können Übertragungen mit 10 000 Bildpunkten angesehen werden, die wir auch mit kurzen Wellen durchaus beherrschen. Wann aber ein solcher Bildsender praktisch ins Leben treten wird, kann heute noch nicht gesagt werden; das hängt von einer Reihe wirtschaftlicher und organisatorischer Fragen ab, zum Beispiel von der Preisfrage und der Wellenfrage. Doch muß das Fernsehen kommen und wird in wenigen Jahren auch kommen.

Dann überreichte Präsident Wagner die silberne Heinrich-Herg-Medaille, welche als Anerkennung für erfolgreiche Rundfunkarbeit und für hervorragende Vorkarbeit bestimmt ist, dem Hauptlehrer Theodor Eckert aus Deggendorf an der Donau, der sich durch die Konstruktion eines ausgezeichneten Gerätes zur Verminderung der Störungen bei Fernempfang in der Nachbarschaft starker Sender ein großes Verdienst erworben hat.

Den Festvortrag des Abends hielt dann Prof. E. Repner, Stuttgart, über „Durchdringende Höhenstrahlung und kosmisches Geschehen“.

Dunkles Erwachen.

Matinée des Goetheanum.

Aus einem Mysteriendrama „Der Seelen Erwachen“ von Rudolf Steiner zelebrierte eine Schar seiner Jünger und Jüngerinnen zwei Szenen im Deutschen Künstler-Theater. Es bedarf eines besonderen Geistes, um in das weiche Geheimnis dieser mystischen Angelegenheit einzudringen, der wohl nur dem Anthroposophen verstanden ist. Der profane Zuschauer, dem dieser Geist fehlt, sah Hissos vor einer dunklen ägyptischen Zaubergenerie und hörte in wohlklingenden Vokalen und fürchterlich geglätteten Konsonanten dunkle Reden über dunkle Weisheiten auf sich niederströmen. Auf welcher fernem, fernem Insel müßten diese seltsamen, von der Wirklichkeit so gänzlich unberührten Heiligtümer leben, die der Welt die Rettung bringen wollen, indem sie Raum und Zeit in kindlich naiven Deutungen zu durchdringen versuchen? Was man bewunderte, war ihre Körperbeherrschung; Rede und Gesten verschmolzen zur Einheit, und diese seltsamen Werke regten sie an zu seltsam starren, erstarrten Gesten, die mit erstaunlicher Gelassenheit, ohne Zeichen von irgend welcher Ermüdung, durchgehalten wurden. —

Der Autocenkampf um „Die Hissere Dreifus“. Trotz mehrfacher Schiedsprüche hatte Hans J. Rehlisch gegen Wilhelm Herzog, den Ritterkammer der Hissere Dreifus, Klage mit der Behauptung erhoben, daß er, Rehlisch, der alleinige Verfasser des Bühnenwerkes sei. Jetzt hat das Landgericht II die Klage Dr. Rehlischs abgewiesen und ihm die Kosten des Rechtsstreites auferlegt.

Der Berliner Liederkreis. Chorleiter Georg Oskar Schumann, veranstaltet Sonntag, 7. Uhr, im Saalbau Friedrichshagen ein volkstümliches Konzert. Zur Mitwirkung ist die Orchestergesellschaft des „Deutschen Arbeiter-Musikanten-Bundes“, 60 Mitglieder, gewonnen worden. Eintrittspreis: 1 Mark.

Leber die bildende Kunst und Musik zur Zeit der Naziführung und des Nationalsozialismus. Vortrag von Dr. Fritz G. H. Sonnabend, 8 Uhr, im Saal des Rundfunkorchesters in einem Vortrag, der mit Lichtbildern und Schallplatten illustriert wird. Eintritt 0,70 M.

Ueberlebende der Rationalisierung

Streifzug durch den Westhafen — Ueberfüllte Speicher und darbenende Massen Eine Elitetruppe der Transportarbeiterschaft

„Kennst du das Land, wo die Zitronen blüh'n,
Im dunklen Laub die Goldorangen glüh'n?“

Wagnon dachte an den Süden, als sie dieses Lied sang, wir sind bescheidener und begeben uns in die Kellerräume des riesigen Getreidespeichers am Westhafen. Hier glühen wohl die Goldorangen nicht „im dunklen Laub“, sie liegen aber immerhin aneinandergereiht auf weiten Holzrasten und schlummern, von tropischer Wärme umgeben, dem Tag ihrer Abberufung entgegen. Es geht ihnen wie den Bananenstauden, deren Fruchtbüschel aus dem Dampfer kommen, bedächtig das Transportband entlangschaukeln und eine nach der anderen ihr gutgeheiltes und wohltemperiertes Logis beziehen, wo sie reif und gelb werden. Die Sonne Westindiens oder der Karaischen Inseln erlegt ein Gasofen, dessen Kurve über die von ihm gesendete Wärme mit der Kurve des Berliner Bananenbedarfs parallel läuft. Nur liegen beide Kurven jetzt sehr niedrig. Die Zeiten sind schlecht, sagt der Bananenwächter.

Getreide ohne Absatz.

Ueber dem Keller türmen sich die neun Stodwerke des Getreidespeichers. Was er an Körnerfrucht zu fassen vermag, ist in ihn hineingestopft und jeden Tag fahren neue Röhre vor und warten auf Böschung. Die Hafenseitung weiß nicht mehr wohnen mit diesem Roggen- und Weizenlegen; während draußen die Röhren nach Brot hungern, warten die Röhren von Körnern vergeblich auf einen Käufer. Eine besondere Schwierigkeit kommt hinzu: gegenwärtig ist Inlandsgetreide eingelagert, dessen maximale Stapelhöhe bei 1,20 Meter liegt, amerikanisches oder russisches Getreide könnte man drei Meter hoch lagern denn die Sonne von Oklahoma oder Saratow dörrt anders als die über Mecklenburg und es ist eine Winzenwahrheit, daß die steigende Höhe des Wasserstands einer Stapelware auch die größere Gefahr der Selbstentzündung in sich birgt. Paradox ist das, aber nicht zu ändern.

Arbeiterparende Mechanisierung.

Auf dem Getreidespeicher arbeiten 50 Mann, eine Saugförderanlage, zwei Wandlerdrehtreue, vier Luftwinden, zwei Wendelröhren und vier Fahrstühle. Eimerdicke Schläuche, deren eine Luftpumpe von 30 PS den Oben einbläst, saugen das Getreide aus dem Kohn; ehe es auf den Lagerboden kommt, wird es gereinigt, das macht unter ohrenbetäubendem Getöse natürlich eine Maschine. Berge von Staub werden dabei ausgehoben und dann sind 1200 Meter laufendes Band da. Das ist ein vielleicht halbmeterbreiter Lederstreifen, auf dem die Roggenkörner durch das Haus ununterbrochen spazieren fahren, bis oben hinauf in die Dachgeschosse. Hier oben ist ein Schälblech, wenn man beispielsweise an dem kleinen dünnen Draht Nr. 5 zieht, dann fahren die Körner zu einer bestimmten Luke, fallen hinein und rutschen durch ein Röhrensystem, das wie eine ins Groteste übersteigerte Nohpohl-Anlage aussieht, auf den Lagerboden Nr. 5. Nie hat eines Menschen Hand ein Korn berührt. Wie das Getreide hereingekommen ist, so kommt es auch wieder hinaus, es macht vorher nur noch bei einer Wiegeschale Station, die macht einmal „stapp“ und einmal „bums“, dann sind acht Zentner Getreide abgewogen. Und ehe man es sich versieht, sind die acht Zentner durch das Verladerohr schon wieder im Kohn. Maschinen säen, ernten, dreschen, transportieren, mahlen und baden. Der Mensch steht dabei, bedient vier, fünf Hebel, zieht dann und wann eine Schraube nach und beschränkt sich auf das Vertigen des Brotes. Die 50 Ueberlebenden, die von dem Riesen- troß der Speicherearbeiter die Rationalisierung überstanden haben, betrachten diese Elevatoren, diese Fließbänder als ihre unmittelbaren, erbitterten Feinde. Den Fingern haben die Maschinen nichts getan, im Gegenteil, sie haben ihnen die Arbeit erleichtert, aber bei jedem Gespräch über diese Wunderwerke der Technik lautet das dritte Wort aller Arbeiter: „Wenn die Dinger hier nicht wären, bräuheten nicht so viele auf dem Nachweis sitzen.“ Wir haben noch keine drei Menschenalter moderner Arbeiterbewegung hinter uns, aber derartige Genos primitiv wie Riesenspendende Bäume aufrechter Solidartät der arbeitenden mit ihren arbeitslosen Klassenangehörigen legen ein bereites Zeugnis ab für das ungeheure Selbsterziehungswert des Proletariats. Im übrigen umreißt diesen Akt des Rationalisierungsdramas ein einfaches Rechenempiel: der Elevator hat eine Stundensleistung von 50 Tonnen Getreide bei zwei Mann Bedienung. Ein Arbeiter schippte früher pro Tag 25 Tonnen Getreide um. Also in acht Stunden schafft die Maschine 400 Tonnen, das ist das Sechzehnfache als ein Arbeiter und das Achtfache der verbliebenen zwei Arbeiter. Immer sechs Mann von jeder Kolonne können stempeln gehen!

Die Krise lähmt den Hafen.

Die Entwicklung des Berliner Westhafens. Dieses Inflationstodes, das in den schwinnen 20er Tagen keine Mutter, die Stadt Berlin, nicht mehr auszuweichen vermochte, ist außerordentlich. 1924 erst ein Gesamtgutereingang von 233 000 Tonnen sind es 1929 schon 1 060 000 Tonnen, und wenn wir die Gesamtumschlagleistung nehmen, dann stieg diese von 416 000 Tonnen auf 1 213 000 Tonnen im Jahre 1929. Den Böwenanteil an dieser Steigerung hatten die Baustoffe, erst in weitem Abstand folgt die Kohle, während die anderen Güterarten ganz und gar zurückbleiben. Mitunterweise hat sich ein Verhältnis herausgebildet, wonach der Güterverkehr auf den Berliner Wasserstraßen zu 52 Proz. von den Baustoffen, zu 26 Proz. von der Kohle und nur zu 22 Proz. von den übrigen Güterarten bestritten wird. Und hier liegt die Ursache für die schwere Krise, die auch der Westhafen jetzt durchzumachen hat: bei dem katastrophalen Darüberliegen jedweder Bautätigkeit ist nirgendwo an den 3472 Meter langen Kais ein Ziegelstein oder eine Schanfel Bekanties zu sehen. An den Stellen der verschwundenen Baustoffe türmen sich Kohlenhaufen und Koksberge, die ebenso wie die Getreidemassen keine Seele holt, trotzdem die Zechenherren den Kohlenhändlern bis zu einem halben Jahre Ziel geben. Arm ist Berlin geworden.

Zukunftprogramm.

Man sollte meinen, bei überfüllten Getreide-, Zucker- und Tabakspeichern florierte das Hafengeschäft. Aber das ist nicht wahr, denn Ziegelsteine und Kieshaufen, die kann man längs den Badestraßen legen, ohne Dach und Dach, das Getreide aber muß in totpfeiligen Bauten eingelagert, behandelt und beobachtet werden, Röhren und Maschinen werden gebraucht, mit anderen Worten: das Untertalent des Westhafens steigt bei dieser Umschlagung des Güterverkehrs um beträchtliche Summen. Die erhebliche Konkurrenz des Lastkraftwagens gegenüber Binnenschiffahrt und Eisenbahn kommt hinzu, soweit die Straßen günstig und die Entfernungen nicht allzu weit sind, hat der moderne Lastwagen sich

zum Beispiel die Margarinetransporte so gut wie erobert, andere Lebensmittel werden folgen. Die Vorzüge des Lastkraftwagens liegen auf der Hand: zweimal wird das Rollgeld gespart, der Weg vom Erzeuger zum Verteiler ist direkt und wo die Schiffe bei Nacht und Nebel, bei Klein- oder bei Hochwasser hilflos festliegen, rollen die Ungelümme von Autos sicher ihrem Ziele zu. Allerdings braucht niemanden um den Westhafen bange zu sein, die Erfüllung seiner ganz großen Zukunftshoffnung steht ihm noch bevor: nämlich die Fertigstellung und Gröfnung des Mittelkanals, durch den Berlin Anschluß finden wird an die Wirtschaft des Rhein-Ruhr-Bezirks und wo dem Westhafen die Massengüter des westdeutschen Industriezentrums als reife Frucht zufallen werden.

Wem gehört der Westhafen?

Nach einige orientierende Bemerkungen: der Westhafen mit seinen drei großen Hafenecken, die 100 Fahrzeuge zu je 600 Tonnen aufnehmen können, ist die größte Betriebsanlage der Berliner Hafen- und Lagerhaus-A.G. (Behala). Dieses Unternehmen ist eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft, deren Aktien zu 25 Proz. im Besitz der Stadt Berlin sind; in dem 30köpfigen Aufsichtsrat sitzen acht Vertreter der Stadt. Im Jahre 1923 gehen alle Bauten und Anlagen in den Besitz der Stadt über. Die letzte Gewinn- und Verlustrechnung der „Behala“ zum 31. Dezember 1929 weist auf der Einnahmenseite einen Betrag von 5 293 000 Mark aus, von dem nach Abzug aller Hafenbetriebsausgaben, Handlungsunkosten, Steuern, Sozialkosten, Zinsen, Abschreibungen und Ueberweisungen 172 000 Mark als Reingewinn verblieben, auf den eine Dividende

von 6 Proz. auf des Aktienkapital von 1 600 000 Mark verteilt wurde. Man kann übrigens für Hafenanlagen keineswegs unbedingt große Rentabilitätsforderungen erheben, so ist der Hamburger Hafen durchaus kein „Geschäft“ im landläufigen Sinne, sondern ein Zuschußbetrieb, der dem Staat Hamburg jährlich mehrere Millionen Mark kostet. Es muß unter Umständen auch genügen, wenn ein Hafen keine Rolle als Zubringer für die Industrie voll zu erfüllen vermag.

100prozentiges Organisationsverhältnis.

Die Belegschaft des Westhafens teilt sich in eine etwa 150 Mann starke Stammanzahl zu der je nach Bedarf Ausschüßkräfte treten. Die Löhne sind ziemlich differenziert, sie schwanken bei 48stündiger Arbeitszeit zwischen 61,84 Mark brutto für den Hafenarbeiter und 64,31 Mark brutto für den Handwerker mit besonderer Verantwortung (Elevatorenmaschinen usw.). Ausschüßarbeiter erhalten 7½ Proz. Zuschlag zu dem Stammarbeiterlohn, mindestens jedoch pro Woche 65,52 Mark. Dazu kommen 5 Proz. Zuschlag für das Umschlagen einer ganzen Reihe von Gütern, wie Tran, Leer, Kali, Häuten, Schwefel usw.; außergewöhnliche Arbeiten unterliegen besonderer Vereinbarung. Allerdings sind die Arbeiter zu 100 Proz. im „Gesamtverband“ und die Angestellten zu 100 Proz. im Zentralverband der Angestellten freigewerkschaftlich organisiert! Bei einem derartigen Organisationsverhältnis konnte die Belegschaft trotz Wirtschaftskrise und Unternehmenskrise vor kurzem eine Klausel zum Tarifvertrag durchsetzen, wonach bei jeder Mißbilligung um re 5 Proz. sich der Lohn um 1 Proz. erhöht. Alle erschöpfte Arbeitskräfte, die den Anforderungen eines Lagerarbeiters nicht mehr genügen, wurden nicht entlassen, sondern in einen besonderen Bach- und Reinigungsdienst übernommen. Am Aufsichtsrat der „Behala“ sitzt sowohl ein Vertreter des Arbeiter- wie des Angestelltenrats. „Habt ihr eigentlich auch eine revolutionäre Opposition?“ fragten wir zum Schluß. „Alles laßt. „Ja, die haben wir auch“, sagen die Arbeiter. „Na und was sind eure Differenzen?“ „Augenblicklich schimpfen sie über die Bierkasse, wenn sie sich nicht gerade gegenseitig entfordern und aufressen.“ Wir lachen nochmals.

Der kommunistische Fememord

Durch die Fememord-Amnestie unaufgeklärt

Durch die neue Amnestie scheint auch ein Fall in der Verletzung zu verschwinden, der verdient hätte geklärt zu werden. Es handelt sich um den am 28. Februar 1930 in Rostau ermordeten Düsseldorf-Kommunisten Fridolin Leutner. Leutner war Redakteur der kommunistischen Partei in Hamburg, und es sollen sich, da Leutner sehr beliebt und angesehen war, Kämpflichkeiten zwischen dem Reichstagsabgeordneten Stöcker und Leutner herausgestellt haben.

Leutner bekam, nachdem er für einen der Zentrale der KPD, mihlischen Redakteur Weinberg eingetreten war, die Anweisung, nach Rostau zu fahren.

Hier traf er mit dem Reichstagsabgeordneten Hörnle zusammen, der ihn eines abends bei, ihn in einer Verammlung zu vertreten. Zwei „Genossen“ würden ihn abholen.

Diese „Genossen“ kamen, holten Leutner ab. Am nächsten Tage wurde er in der Nähe einer Fabrik tot aufgefunden.

Die russische Tscheka registrierte „Unfall“. Es stellte sich aber heraus, daß eine Fabrikverammlung überhaupt nicht stattgefunden hätte, in der Hörnle oder gar Leutner hätten sprechen sollen. Und auch die in Deutschland getanen Verurteilungen wie „Wir werden dich erledigen!“ und vor allem die später widerrufenen Aussagen des Rechtsanwalts Dr. Wolff aus Düsseldorf deuteten darauf hin, daß diese Affäre mehr als ausklärungsbefürdig ist.

Die Justizbehörden haben sich bemüht, diesen Mord aufzuklären, was ihnen besonders schwer gemacht wurde, weil die Hauptzeugen Hörnle und Stöcker auf Grund ihres Reichstagsmandates keine Auskunft zu geben brauchten.

Rum ist dieser Fall auch unter die Amnestie gefallen, obwohl der Mord nicht auf deutschem Boden verübt wurde. War das vielleicht auch ein Grund, daß die kommunistische Partei sich für die Amnestierung der Fememörder einsetzte?

„Niederl. Braunkohle.“

Die Braunkohlen verkohlen sich selbst.

Im „Nationalsozialistischen Parlamentsdienst“ Nr. A 30 ist den geistigen Größen der Nazis wieder einmal der Nachweis gelungen, daß der „rote Berliner Magistrat“ die deutsche Wirtschaft ruiniert!

Die Nazis wollen denen, die dumme genug sind, auf ihre Schwindelmeldungen hineinzufallen, erzählen, daß die Stadt Berlin Braunkohlen für Erwerbslose ausgerechnet aus — Holland bezieht! Auf dem Bezugsschein steht nämlich: „Niederl. Braunkohlen“.

Sicher war niemand außer Herrn Hitlers Schindknappen auf den Gedanken gekommen, daß mit dieser Abkürzung nicht die Niederlande, sondern die Niederlande gemeint sein könnten. Denn die meisten dürften wissen, daß die Niederlande eine hervorragende Stelle in der Braunkohlenerzeugung einnimmt, wogegen von der Einfuhr holländischer Braunkohle im allgemeinen nichts bekannt ist. Das brauchen die Nazi-Wirtschaftspolitiker aber nicht zu wissen.



Woran erkennt man einen Hafentrawler?

So ziemlich jeder Lastwagenzug voll SA-Leute, der von der Polizei auf Waffen durchsucht wird, birgt ungesohnte Mordwerkzeuge, die zum notwendigen Propaganda-Rüstzeug der Hafentrawler gehören. Von den zierlichsten Taschenjägers bis zu robusten armbunden Eisenhingen ist alles vertreten.

Adolf Hitler konnte deshalb mit seinem bewährten Gewissen und seiner ebenso bewährten Wahrheitsliebe im Schweidauer Prozeß versichern: „Unsere SA-Leute führen keine Waffen.“

Alle Zeitungen sind voll von den Blut- und Mordtaten der Hitler-Buben. Eine, noch dazu lückerhafte Zusammenstellung über die Tätigkeit der Erneuerer Deutschlands ergab, daß in den letzten Monaten 215 Tote und Schwerverletzte von Nazi-Mörderhänden fielen.

Das Recht zu diesen Taten leiten sie wahrscheinlich aus ihrem dritten Gebot her, das da heißt: „Jeder Volksgenosse ist ein Stück Deutschland, Kede ihn nicht selbst.“

In den Reihen der Hafentrawler finden sich Zuhälter, Diebe, Betrüger und Mörder. Nie zuvor gab es in einer Organisation soviel Verbrecher.

Der Hafentrawlerführer Goehring hat deshalb sicher den Nagel auf den Kopf getroffen, als er im Berliner Sportpalast erklärte: „Wir erkennen unsere Leute am edlen Bild.“

Einen echten Hafentrawler zu erkennen, fällt nun nicht mehr schwer: er trägt keine Waffen, steht jeden Deutschen und hat einen edlen Bild.

Steuersubventionen für den Ofen.

30 Proz Grundvermögens- und 15 Proz Gewerbesteuer erlassen — Auf Kosten des Reichs.

Aus Mitteln des Reichs sind zur Entlastung der Landwirtschaft und Gewerbetreibenden in den Ostgebieten von Gemeindesteuer 27 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Diese Fürsorge ergötzt die ganzen Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-

Westpreußen und Oberschlesien sowie die Kreise Lauenburg, Bülow, Stolz (Stadt und Land) und Rummelsburg im Regierungsbezirk Köslin, Jütlitz-Schmiebus und Friedberg im Regierungsbezirk Frankfurt a. O., Glogau (Stadt und Land), Frenstätt, Grünberg (Stadt und Land) im Regierungsbezirk Liegnitz, Gubrau, Wilitzsch, Kamslau und Groß-Wartenberg im Regierungsbezirk Breslau.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird die Steuerlast durch Herabsetzung der gemeindlichen Zuschläge zur Gewerbesteuer und zur Grundvermögenssteuer vom Grundbesitz gemindert. Das Ausmaß der Senkung ist in Krisengebieten höher als in den anderen. Immerhin wird die Entlastung der Steuerpflichtigen selbst in den Richtkreisgebieten noch drei Zehntel der gemeindlichen Grundvermögenssteuer und drei Zehntel der Gewerbesteuer ausmachen. Die Gemeinden werden für den ihnen durch Herabsetzung ihrer Zuschläge entstehenden Ausfall aus den Reichsmitteln entschädigt.

Ertönig Hussein gestorben. Der frühere Herrscher des Hedhas, Ertönig Hussein ist im Alter von 80 Jahren auf Caperna gestorben, wo er in der Verbannung lebte. Sein Sohn, König Faisal von Irak, der im vergangenen Sommer Europa durchreiste und dabei auch Berlin besuchte, befand sich auf dem Wege zum Sterbebett seines Vaters. Ertönig Hussein hat im Weltkrieg auf seinen England gegen die türkisch-deutschen Truppen gekämpft.

Wetter für Berlin. Nach nördlichen Regenfällen mit raschem Temperaturanstieg weiterhin mild und ziemlich trübe mit etwas Regen. — Für Deutschland. Größtenteils trübe, vielfach Regenfälle und namentlich im Südwesten sehr mild.



Donnerstag, 20. November.

Berlin.

- 16.05 Programm der Aktuellen Abteilung.
- 16.30 L. Mozart: Streichquartett D-Dur (K. V. 575). 2. Lopatnikoff: Streichquartett op. 66, Nr. 2 (Breslauer-Quartett).
- 17.30 Reichsbuch: Naturwissenschaften.
- 17.50 Erich Zillich: Der Wert der Kurzschrift.
- 18.15 Dr. Jul. West, Tübingen: Die Kleinhandelspreise als Ursache der Arbeitslosigkeit.
- 18.40 Arbeitmarkt.
- 18.45 Programm der Aktuellen Abteilung.
- 19.05 Chorgesänge.
- 19.30 Zeitberichts. Wiedereröffnung des englischen Parlaments.
- 20.10 Tanzabend.
- 22.15 Wetter-, Taxen- und Sportnachrichten.
- Anschließend bis 0.30 Unterhaltungsmusik.
- Königs-Wusterhausen.
- 16.30 Franz Giza: Deutsche Schule im Ausland.
- 17.30 Haemusik.
- 18.00 Prof. Dr. E. Heick: Volksleben der Siebenbürger Sachsen.
- 18.25 Saftstück: Goethes Faust.
- 19.00 Emanuel bin Gorton: Lesestunde. Joh. Peter Hebel.
- 19.30 Gartenbauinspektor Reichel: Rückblick und Ausblick im deutschen Gemüshaus.
- 20.00 Leipzig: Bekannte Walzer.
- 20.30 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.

Verantwortl. für die Redaktion: Franz Klubs, Berlin; Anzeigen: E. Glöck, Berlin; Verlag: Germania Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Germania Buchdruckerei und Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW 66, Lindenstraße 3, Stern 1 Beilage.

Lesebücher des Sozialismus

Partei-Verleger, an die Klassenfront!

Die gesellschaftliche Schichtung Deutschlands ist stark in Bewegung geraten. Eine Partei, die um Macht im Staate kämpft, muß die Gesetze dieser Bewegung aufmerksam studieren, wenn sie zu den ihr bereits anhängenden Gesellschaftsgruppen neue gewinnen will. Daß der deutsche Gesellschaftskörper in einer gewaltigen Umgestaltung begriffen ist, war schon vor dem 14. September vielen deutsch geworden. Aber seit dem Wahlausgange beschäftigen diese Vorgänge jeden politisch denkenden Menschen. Es gilt diejenigen, die heute noch nicht zu uns gestoßen sind, über unsere Ziele aufzuklären, es gilt diejenigen, die schon in unserem Lager stehen, in ihrer politischen Willensbildung zu festigen und es gilt endlich, die junge Generation mit dem überlieferten Lehrgut unserer Bewegung vertraut zu machen.

Dabei ist das Buch der wichtige Mittler. Es erhebt sich also die Frage, ob die vorliegende Literatur den geforderten Ansprüchen genügt. Bei der Prüfung dieser Frage wollen wir an dieser Stelle kein Programm entwickeln, sondern nur vorliegendem Material ausgehen. Der kommunistische Internationale Arbeiter-Verlag hat eine Sammlung herausgebracht, die unter dem Titel „Elementarbücher des Kommunismus“ eine Reihe von bisher erreichbaren Marx-Engelschen Texten wieder leicht zugänglich macht. Wir können hier nicht alle besprechen; nur auf drei dieser Bändchen wollen wir näher eingehen. Ernst Dunder hat in zwei Bändchen ein Quellenbuch des historischen Materialismus bearbeitet. Diese Arbeiten sind zweifellos die besten der ganzen Sammlung.

Der erste Band behandelt die Herausbildung der materialistischen Welt- und Geschichtsauffassung in den Marx-Engelschen Schriften von 1842 bis 1846. Vor allem wird der erste Teil der „Deutschen Ideologie“ hier mitgeteilt, den Kajanoff seiner Zeit im 1. Band des Marx-Engels-Archivs veröffentlicht hat. Diese Arbeit von Marx und Engels, welche bekanntlich als die ausführlichste theoretische Darstellung ihrer Geschichtsauffassung angesehen werden muß, ist dadurch jedem für 1,20 M. zugänglich geworden. Im einzelnen lassen sich freilich gegen Dunders Auswahl allerlei Bedenken geltend machen. Das muß hier jedoch auf sich beruhen. Auch die gelegentlichen Worterklärungen sind für ungeschulte Leser völlig unzulänglich.

Der zweite Band des Quellenbuches, der die materialistische Geschichtsauffassung aus den Schriften der Meister seit 1846 belegt, leidet an zu stark betonter Programmatik. Selbstredend sind die „Miserablen“ von Engels, die bisher in älteren Jahrgängen sozialistischer Zeitschriften begraben lagen, zur Kennzeichnung der methodischen Schwierigkeiten, die in den Problemen des historischen Materialismus liegen, von großer Bedeutung. Dunder vergißt jedoch keineswegs die pflichtgemäße Abfertigung von Kautsky und Cunow und die notwendige Verbeugung vor Bucharin und Lenin. Auch das soll hier auf sich beruhen.

Betrachten wir nun das von F. Friedländer eingeleitete Bändchen, das die Engelsche Schrift „Zur Wohnungsfrage“ enthält. Die Behauptungen des Herausgebers sind hier von der leichtfertigen und böserartigen Dummheit. Von den Wiener Wohnbauvereinen behauptet Friedländer, daß „diese Neubauten fast nur Kleinbürgerliche Mieter oder Gewerkschaftsmitglieder aufnehmen. Die Masse der Arbeiter bleibt davon ausgeschlossen, weil ihre Löhne nicht ausreichen, auch nur bescheidene Beiträge für die Baukosten aufzubringen und die hohen Mieten zu erschwingen“. Es ist neuß hier im „Abend“ gezeigt worden, daß die Durchschnittsmiete 15 M., das sind ungefähr 12,5 Proz. des Arbeiterlohns, betragen!

Diese „Elementarbücher“ müssen also als rein kommunistische Agitationsliteratur angesehen werden.

Es ist jedoch zweifellos notwendig, solche billigen Quellenbücher zu schaffen, nur müssen sie mit sorgfältigen, den Tatsachen und dem heutigen Stand der internationalen Arbeiterbewegung gerecht werdenden Einleitungen versehen werden.

Es kann nicht bestritten werden, daß die junge Generation von einem starken Drang nach den Quellen des Sozialismus erfüllt ist. Das haben auch die Herausgeber des mit in den Korrekturbogen vorliegenden Buches „Der deutsche Sozialismus von Ludwig Galt bis Karl Marx“, Fritz Brügel und Benedikt Kautsky (das Buch erscheint in Bänden von Hey u. Co., Wien und Leipzig), richtig gesehen. Der Band ist als Lesebuch gedacht und vereinigt ausgewählte Texte deutscher Sozialisten von Ludwig Galt bis zum „Kapital“ von Karl Marx (1867). Die Herausgeber, beide ausgezeichnete Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung, beabsichtigen, „den geistigen und politischen Kampf des Proletariats um seine Emanzipation im Zusammenhang mit jener wirtschaftlichen Entwicklung darzustellen, die zum modernen Industriekapitalismus geführt hat“. Von Ludwig Galt's sozialer Utopie, die ihren Niederschlag auch in Goethes „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ fand, bis zu Marx dialektischer Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems belegt der Band in Belegstücken, die sich sehr gut zu gemeinsamer Lesart für Arbeitsgemeinschaften eignen, die Geschichte des deutschen Sozialismus.

Die Auswahl, welche die Herausgeber getroffen haben, ist allerdings nicht immer gegen jeden Einwand gesichert. So ist z. B. Rases Heh (nicht durch seine wichtigsten Arbeiten) vertreten; seine Arbeiten in den von Georg Herwegh herausgegebenen „21 Bogen aus der Schweiz“ (1843) sind von Marx 1844 in einer bisher allerdings nur teilweise russisch veröffentlichten Schrift (vgl. die russische Ausgabe des Marx-Engels-Archivs, III. Band 1927) in positivem Sinne anerkannt worden. Diese Marx'sche Schrift zeigt auch früher als „Das Elend der Philosophie“, wie gegen die Behauptung der Herausgeber in der Einleitung zu sagen ist, bereits den starken Einfluß von Engels Schrift „Umriss zu einer Kritik zu einer Rationalökonomie“. Schwerer wiegt jedoch, daß Ferdinand Lassalle nur in einem Belegstück zu uns spricht. Eine Leseprobe aus der Rede über das Verfassungswesen oder aus dem Arbeiterprogramm hätte beigefügt werden müssen. Das muß bei einer evtl. zweiten Auflage unbedingt geändert werden.

Die gesellschaftlichen Kräfte und ihre Träger sind heute, so sagten wir eingangs, in Bewegung geraten. Es gilt, das überlieferte Lehrgut aus unserer neuen Situation neu zu deuten, es gilt, das neue Welt- und Geschichtsbild, das sich herauszubilden begonnen hat, in die Massen zu tragen, damit wir verstärkt und vertieft für die Erreichung unserer Ziele weiterkämpfen können.

Partei-Verleger, an die Massenfront!

M.

Keine Halbheiten!

Reformen der Berliner Philosophischen Fakultät

Die Philosophische Fakultät an der Berliner Universität bemüht sich, ihre Satzungen und Prüfungsbestimmungen den neuen Verhältnissen und Reformbestrebungen anzupassen. In diesem Zusammenhang darf man wohl auch die Verleihung des Ordinariats an den bekannten Wirtschaftsgeographen Professor Dr. Kuhl sehen, eine Maßnahme der Fakultät, die nahezu einstimmig erfolgte und endlich dem starken Andrang zum geographischen Studium Rechnung trägt.

Allerdings ist die Fakultät noch nicht dazu übergegangen, mit der Verleihung die Wirtschaftsgeographie selbständig zu machen. Die Berliner Universität steht damit noch beispielsweise hinter der Breslauer Universität zurück, an der längst die Wirtschaftsgeographie selbständiges Prüfungsfach ist. Man darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch Berlin dazu übergeht, in diesem Sinne das umfangreiche Gebiet der Geographie zu gliedern, um so einem vertieften Studium den Weg freizumachen. Die vielfältigen Aufgaben der Wirtschafts- und Verkehrsgeographie erfordern eine Selbständigkeit als zweites Prüfungsfach und gewähren als solches eine tiefere geographische Durchbildung der Doktoranden, als es heute möglich ist.

Eine wichtige Aufgabe ist die Anerkennung der Deutschen Oberschule. Für die Staatsexamina ist das Reifezeugnis der deutschen Oberschule seit ihrem Bestehen anerkannt, nicht aber für die Promotion. Die Philosophische Fakultät wird an dieser Forderung um so weniger vorübergehen können, als die Schüler der Deutschen Oberschule ihren Interessen nach vor allem der Philosophischen und auch Juristischen Fakultät angehören.

Die Deutsche Oberschule ist aufgebaut auf den germanischen Kulturkreis. Neben Englisch als wichtigste Fremdsprache steht eine zweite Fremdsprache, die an den einzelnen Schulen gemischt wird (Französisch, Russisch, Latein). Das Schwergewicht liegt in der Erarbeitung der germanischen Kultur- und Gesellschaftsformen, insbesondere der Geschichte, den Wirtschafts- und Staatseinrichtungen, der deutschen und englischen Sprache und Literatur, der Soziologie und der Geographie. Die mathematisch-physikalische Ausbildung ist gleich der in den Oberrealschulen.

Diese Ausbildung führt für die Philosophische Fakultät besonders zum Studium der neueren Geschichte, der Staatswissenschaft, der Geographie und der Soziologie. Für diese Fächer dürfte die Fakultät die Oberschule wohl ohne weiteres anerkennen. Zum Studium der neueren Sprachen und der Germanistik wird die Deutsche Oberschule mit der Ergänzung der jeweiligen alten Sprache (Latein bzw. Griechisch) den bisherigen neunstufigen Lehranstalten gleichzustellen sein. Es darf auf die Erfolge der Deutschen Oberschule und auf die Leistungen Prof. Sprangers hingewiesen werden. Beides berechtigt zu der Hoffnung, die Deutsche Oberschule demnach an der Berliner Universität anerkannt zu sehen.

Die Promotionsordnung sieht eine Prüfung bisher nur in den großen Fachgebieten vor. Eine Gliederung ist außer in Geschichte nur für das Studium des Englischen erfolgt insofern, als neben der englischen Philologie die englische Kulturwissenschaft zweites Prüfungsfach bilden kann. Eine solche Gliederung wäre auch für die Germanistik wünschenswert, um so mehr, als bereits viel mit dieser Aufstellung praktische Erfolge erzielt hat. Ueber die Gliederung der Geographie ist bereits gesprochen. Soziologie erscheint nur als Prüfungsfach, wenn die Dissertation sozialologisch ist, gilt aber nicht als zweites Fach. Ebenso ist Pädagogik kein selbständiger Zweig, trotz der guten Beflegung der pädagogischen Wissenschaft an der Berliner Universität. Auch hier ist eine Neugruppierung der Prüfungsfächer notwendig.

Eine gute wissenschaftliche Durchbildung kann nur gewährleistet sein, wenn die Promotionsordnung diesen erhöhten Anforderungen Rechnung trägt und in zweckmäßiger Aufstellung solche Fächer nebeneinander stellt, die sich ergänzen und ein umfassendes Studiengebiet vertiefen. Die Reformarbeit der Philosophischen Fakultät gewinnt um so größere Bedeutung, weil die Berliner Universität in so vielem maßgebend ist für die Arbeit der anderen Universitäten. Die Beflegung der Philosophischen Fakultät darf besonders nach der Stellungnahme Prof. Sprangers zu der Hoffnung berechtigen, daß die Neuordnung der Promotionsbestimmungen geeignet sein wird, die neuen Bildungsträger in die Universität aufzunehmen und in weitestem Sinne fruchtbar zu machen.

Dr. G. Neubauer.

Wie Kinder die Arbeit ihrer Eltern sehen

Mitgeteilt von E. Dantz-Bremen

II. Arbeit, aber was für welche!

Der Bann ist gebrochen, die Räder beginnen wieder sich zu drehen, es findet sich Arbeit. Aber was für welche! Es ist gerade so, als ob die gute Arbeit, die man mit sauberen Fingern und mit geradem Rücken in einem geheiligten Zimmer tun kann, ein für allemal in festen Händen ist. Was übrig bleibt, ist die Schmutzarbeit, die Arbeit in Kälte und Regen und Sturm, die Nachtarbeit.

Was wird einem da nicht alles zugemutet! Da ist das Hantieren mit Teer und Schmeer, das Kesselflopfen, das Abschleifen. Da heißt es Gestank und Siffigkeit einatmen; da wirbelt Staub, der die Augen reizt und die Lunge zerfrisst. Da ist die stumpfsinnige Arbeit an der Maschine, die immer nur einen Handgriff verlangt, Stunde um Stunde, Woche um Woche nur das eine Julagen und Fortnehmen. Da ist die Arbeit im Festtempo, die Gesundheit und Leben bedroht, die Akkordarbeit, die an die Grenzen geht.

Ah, es ist schon so: Alle körperliche Arbeit ist Knochenarbeit, muß mit diesem Verzicht auf Sauberkeit und Gesundheitlichkeit, mit diesem Opfer an Lebenskraft und Lebensfreude geleistet werden. Wer aber die Arbeitslosigkeit kennt, der fragt und wählt nicht lange, der greift zu, wo sich nur etwas erweisen läßt, was noch Arbeit aussieht.

„Der Dampfer, auf dem mein Vater arbeitet, kriegt große Eisenwellen, jede eine Tonne schwer. Der Aron nimmt jedesmal zwei Schwellen, die bringt er auf Deck. Da steht der Bohrschumann, der untersucht erst mal, ob die Schwellen gut festgebunden sind. Die Wänschen werden angespannt. Wenn alles in Ordnung ist, ruft er: Hiew up! Die Wänschen heben die Schwellen hoch. Der Bohrschumann balanciert sie ins Lot.“

Die Schwellen sind so lang, daß sie immer ans Zwischendeck stoßen. Nun sind sie endlich unten, aber ihren richtigen Platz haben sie noch nicht. Die Wänsch muß die Eisenwellen noch einmal heben, und dann kommen zwei Arbeiter, die sie an ihren richtigen Platz schieben. Sie müssen alle gut aufpassen, daß sie den Fuß nicht unter die Schwellen kriegen. Der Bohrschumann ruft: Hiew up! Die Arbeiter müssen machen, daß sie wegkommen, sonst kriegen sie die Kette an den Kopf. Die Arbeiter, die an der Wänsch stehen, müssen genau aufpassen, daß sie den richtigen Gang einhalten, sonst gibts ein Unglück. So geht es die ganzen acht Stunden.“ (W. S. 12 A.)

Vater muß manchmal auf dem Gleis arbeiten; die großen Dampfkräne brechen da vieles kaputt. Es ist sonst ganz schöne Arbeit, bißch bei schlechtem Wetter nicht, weil man dann ganz durchregnet. Er muß auch öfter mit den Maurern in den Schiffsdoppelboden und dort zementieren. Da ist es unbequem, eng und niedrig. Krumm und bei einem Talgsicht muß man darin sitzen.“ (W. S. 11 A.)

Als mein Bruder noch im ersten Lehrjahr war, kam er eines Sonntags erst um zehn Uhr nach Hause. Er hatte nachgearbeitet müssen. Wir erfragten, als er in die Küche kam; denn er war im Gesicht ganz dreifach von Farbe, Ruß, Kienruß und Staub. Dann zeigte er seinen Arbeitsanzug, der war so steif wie Harigummi. Mutter sagte in erstem Ton: Es ist noch fraglich, ob ich den reinigen kann. Doch an Loch war der Anzug völlig entzwei gerissen.“ (W. S. 11.)

„Es ist Morgen. Die Alchemie stehen vor der Tür. In dem einen Begeßel, woran schon eine Menge Hflagen sitzen, in dem andern Ache, Granat und Bananenschalen die man schon auf drei Meier Entfernung riechen kann. Da sehe ich einen Hund, der in einem Eimer herumwühlt und sich einen Knochen herausholt.“

Ein Junge springt über einen Eimer und kippt ihn um; da fallen Ache, faule Äpfel und Fischgräten heraus. Jetzt kommt der Fischenwagen. Der Mann nimmt alle Eimer und kippt den Schmutz in den Bogen. Was daneben liegt, nimmt er mit den Händen auf.“ (W. S. 11 B.)

„Der Montag ist gekommen, die Arbeitswoche fängt wieder an. Nun heißt es, heilig hineingreifen in die nassen, dreckigen, staubigen und stinkenden Lumpen; denn es gibt Akkordarbeit. Die Arbeiterinnen müssen ihre 36 verschiedenen Lumpensorten sortieren. Woll, Flanell, Kattun, Wolle, Buglappen, Weiß usw., und jede Sorte in eine Kiste legen.“

Der Wochenabschluss kommt heran. Wieder einmal ist keine Zeit da, den Arbeiterinnen ihre vollen Kisten abzuwiegen; also bleiben sie am Platz. Am nächsten Lohnstag erst sieht sich der Arbeitgeber gezwungen, die Ware abzuwiegen, um Platz für neue zu schaffen. Beim Abwiegen bemerken die Arbeiterinnen, daß sie viel Verlust durch das Austrocknen der Lumpen haben. Sie werden unzufrieden, weil ihnen ein Teil ihres sauer verdienten Lohnes, zwei bis drei Mark, verloren geht. Beschwerden bei der Firma sind zwecklos, denn die entschuldigt sich immer mit den schlechten Zeiten.“ (W. S. 12 C.)

„Heute gibts eine Saubarbeit, sagte mein Vater eines Tages. Dampfer Cöln muß heute abend um 12 Uhr in Bremerhaven sein, und ich habe einen Akkordlohn genommen, um etwas mehr zu verdienen.“

Um 15 Uhr morgens ging er nach dem Hafen. Eine halbe Stunde nach dem Beginn der Arbeit fing es an zu regnen. Es regnete, was vom Himmel herunter wollte. Aber die Arbeiter machten keine Pause; denn sie mußten es bis 7 Uhr abends geschafft haben. Bei jedem Überholten wirbelte der Staub zur Kohlschute nieder, und die Arbeiter wurden schwarz und staubig von der fetten Kohle.

Als es 7 Uhr war, hatten sie die Arbeit wirklich geschafft und ihr Geld verdient. Aber wie sahen sie aus! Keine Mutter erschraf, als Vater nach Hause kam: So schwarz und angegriffen sah er aus. Alles war naß und schmierig, und das Gesicht so geisterhaft als sei er tot. Das Zeug konnte man der Plümenfrau geben; so war es zugedrückt. Vater sagte: Einmal und nicht wieder solche Schufterei! Die Unternehmer sind die Einzigen, die den Vorteil davon haben.“ (Friedel S. 14 B.)

Zunahme der Erziehungsschwierigkeiten

Der bekannte Heilpädagoge Gustav Seemann (Hannover) hat jüngst die Frage eingehend untersucht, ob von einer Zunahme der Erziehungsschwierigkeiten gesprochen werden kann. Er stellt zunächst die Tatsache fest, daß die Umweltfaktoren von größerer Bedeutung sind als die Erbfaktoren. Sodann betont er, daß von einem Kinde ein großes Maß von Selbstverleugnung verlangt wird, wenn man von ihm im jeweiligen Erziehungsjahre mehr fordert bzw. fordern muß, den jahrtausendelangen Entwicklungsengang des Volkes im Einklang abgekürzt zu durchwandeln. Seemann kommt schließlich zu dem Satze, daß kein objektives Erziehungsmerk heutzutage ganz besonders schwer ist. Zweifellos sei der Romantismus erheblich gelockert. Er fordert, daß die Erzieher von Beruf den Erziehungsgedanken systematisch und intensiver als bisher erfordern.

Dr. S.

Die Großkopften Europas

Zu einem Buche des Grafen Carlo Sforza

Vom Fürsten Bülow, der sich in seinen Denkwürdigkeiten zwanglos als Staatsmann von bismarckschem Format gibt, sagt Graf Carlo Sforza in seinem lobenden bei S. Fischer, Berlin, erschienenen Buch „Gestalten und Gestalten des heutigen Europa“, er habe sich bei ihm nie des Eindrucks erwehren können, als gehöre Wilhelm Bernhard „mit seinem antientregime-Septizismus und seiner Höflichkeitschmeidigkeit eigentlich ins achtzehnte Jahrhundert, zu jener überlebten Kategorie Deutscher, die bereit gewesen wären, jedem beliebigen Souverän zu dienen, in Rußland oder sonstwo, ehrlich zu dienen ohne Zweifel, aber mit derselben Ehrlichkeit wie die Kondottieri des Quattrocento“. Ohne zu hart zu urteilen, nennt Sforza den vierten Kanzler rund heraus den „wahren Totengräber des deutschen Kaiserreichs“.

In der Tat, als ein wie wichtiger und wichtigereischer Bündnispartner steht Bülow neben diesem italienischen Antis- und Standesgenossen da, der doch auch durch die Schule der Vorkriegsdiplomatie gegangen war. Aber der Sproß eines norditalienischen Adelsgeschlechts war weit weniger den Mächten der Vergangenheit verhaftet als der deutsche Salonjunkier. Als junger Attaché an der Botschaft zu Paris erlebte er mit angehaltenem Atem die Dreyfus-Affäre mit, schon damals auf der Seite der Demokratie gegen die militaristisch-nationalistische-kerkerischen Gewalten. Demokrat blieb er auch, als ihn seine Laufbahn höher und höher, bis zum Platz des Außenministers im Kabinett Giolitti von 1920, führte. Denn als er danach den wichtigen Botschafterposten in Paris inne hatte, warf er sofort und ohne Befinnen sein Amt hin, als Mussolini's „Marsch auf Rom“ gescheit war; mochten viele andere vor den neuen Herren den Rücken krümmen, er diente dem Faschismus nicht.

Das Sforza nicht durch einen Türspalt in die Küche spähte, in der das neue Europa gefocht wurde, sondern selbst am Herd stand, daß er die Großkopften der europäischen Politik

nicht aus der Trojapartikellor, sondern als Gleichere unter Gleicheren

beobachtete, macht nicht den geringsten Reiz seines Buches aus, aber anziehender noch ist die Denkart dessen, der seine angeborene Trägheit nicht verfehlt und gern aus dem geräuschvollen Betrieb der Gegenwart in Pascals strenge und kühle Philosophie flüchtet. Sicher fehlt es in diesen Kapiteln nicht an schiefen Urteilen. Bonaparte war nicht so unbedingt Militarist, wie Sforza annimmt; es gibt über ihn sogar eine aufschlußreiche Studie „Napoleon antimilitarist“. Auch überschätzt den Erzherzog Franz Ferdinand gründlich, wer auch nur zur Erörterung stellt, ob dieser in den dynastischen Vorurteilen des achtzehnten und siebzehnten Jahrhunderts befangene, pure Ur- und Erzhasenburger die Donaumonarchie durch Verwandlung in einen freien Staat ihrer Völker habe retten können. Auch was Sforza nebenbei über den Marxismus zu Papier bringt — nun, Schwamm drüber!

Sogar unmittelbare historische Schnitzer vermeidet das Buch nicht immer. Die französische Kaiserin Eugénie hat nie den Krieg von 1870 (pietätsch-fofett, „ma petite guerre“, „mein Kriegchen“, genannt; nicht bei der Präsidentenwahl von 1913, sondern bei der von 1887 erklärte Clemenceau zynisch, man müsse für den dümmsten der Kandidaten stimmen; keineswegs war der Vater des „Littérateurs“ Gawrilo Princip „Agem“ der österreichischen Geheimpolizei“, und von Haß gegen die Bulgaren, bei denen er als politischer Flüchtling gottfreundlich aufgenommen worden war, blieb Putschist stets frei. Böser Selbsttäuschung unterliegt Sforza schließlich, wenn er, das Lied von Italiens „natürlichen Grenzen“ anstimmend,

den Verrat von Rapallo,

den er als Außenminister im November 1920 mit Jugoslawien abschloß, als „gerechten Frieden“ feiert, während bei den Südslawen noch heute die Erinnerung an jenes Abkommen, das eine halbe Million der ihren endgültig unter italienische Herrschaft brachte, als offene Wunde brennt.

Aber dafür auf der Plusseite wach eine europäische Gefinnung, die darin, daß der europäische Konflikt nichts war als ein gräßlicher Bürgerkrieg“, und wieviel gesunder Menschenverstand, der die treffendsten Urteile über Dinge und Menschen abgibt! Wie wohltuend nicht von vielen halbtönen Geschwafel in der Presse Sforzas Glaube an die Vereinigung aller Südslawen mit Einfluß der Bulgaren ab, ein Gedanke, der sich trotz dynastischer und militaristischer Opposition Bahn breche! Wie berechtigt ist sein Zweifel an der Wirksamkeit und Dauer des „Lindlichen Aufzugs“ der „Reformpietäts“ Kemals, vor dem selbst demokratische Betrachter aus Deutschland das Wehraufschub schwenken! Und wie weiß Sforza mit wenigen sparsamen Strichen eine Gestalt lebendig zu umreißen! Ciano Borowitski, Sowjetdiplomate und russischer Handelsvertreter in Rom: „Hochbegabt, war Borowitski ein Lügner, wie mir selbst unter den Puschas Abd ul Hamids keiner begegnet war, aber nach Polenart verfiel er von Zeit zu Zeit in wahre Wütründe hemmungstolerer Aufrichtigkeit.“ In einem solchen Fieberanfall von Aufrichtigkeit vertraute Borowitski eines Tages Sforza von Lenin an: „Wir werden von einem deutschen Schulmeister geführt, den die Sophisterei noch mit ein paar Funken Genie begnadet hat, bevor sie ihn tötet.“

Den Sforza nicht aus der Nähe zu beobachten vermochte, den läßt er möglichst aus dem Spiel. Der Herr von Doorn wird unmittelbar, aber ziemlich erschöpfend gekennzeichnet durch einen Brief des österreichischen Kronprinzen Rudolf aus dem Jahre 1888:

„Wilhelm II. macht sich; er dürfte bald eine große Konfusion im alten Europa anrichten; dieses Gefühl habe ich auch. Er ist ganz der Mann dazu.“

Don gottbegnadeter Bestkränktheit, dabei energisch und eigenständig wie ein Stier, sich selbst für das größte Genie haltend.

Was will man mehr? Er dürfte im Laufe weniger Jahre das hohenzollerische Deutschland auf den Standpunkt bringen, den es verdient.“

Auch der I. und I. Generalkonsul Conrad von Högenborff charakterisiert sich selber durch eine Aeußerung zu einem deutschen Offizier, dem er sagte, „daß wir Wallen nicht schon zur Zeit des Erdbebens von Messina überfallen haben“; boshaft bemerkt Sforza, daß der Depositär dieses Vertrauensgutes darüber „feinerlei Erläuterung bezeugte“. Und von Athenas heißt es nur, daß er dem Verfasser des Buches erschienen sei „gequält von einer geistigen Illusion zwar edler, aber oft widerspruchsvoller

Art“; geblieben sei von einigen Gesprächen mit ihm nichts als „das Gefühl einer unbefriedigten psychologischen Neugier“.

Dafür marschieren sehr viele der Staatsmänner und Staatsmännlein der letzten Jahrzehnte in voller Figur auf; ihre politische Haltung wird deutlich und was hinter dieser Haltung steckte: Lehrenthaft, Tizza, Giolitti, Sonnino, Lord Curzon, Lloyd George, Bonar Law, Balfour, Chamberlain, bei dem Gehros, Zylinder und Monokel „Schuhrequisiten“ sind, um „eine unheilbare Schüchternheit zu verbergen“. Wo Sforza auf französische Politiker zu sprechen kommt, ist es wichtig zu wissen, daß er dem neuen Deutschland mit großer Sympathie gegenübersteht; er sagt von unserem Lande, was Treitschke nach 1871 von Frankreich sagte: sein Wesen und Denken sind wesentlich für die Zivilisation der Welt, und mit dieser Achtung erfüllt ihn „der Anblick eines Volkes, das, mit dem Zusammenbruch des Bismarckschen Kaiserreichs zum erstenmal in seiner Geschichte vor den völligen Zerfall aller traditionellen Mächte gestellt, dennoch imstande war, selber sein Geschick in die Hand zu nehmen und trotz aller Radenschläge von rechts und links, trotz Spartanismus und Inflation

sich ein neues Grundgesetz wie die Weimarer Verfassung aufzubauen

und zwei Präsidenten zu finden wie Ebert und Hindenburg“. Gleichwohl kommt Poincaré bei ihm weit glimpflicher weg als bei den meisten auch nicht extrem nationalistischen deutschen Betrachtern. Gewiß hängt sein Herz an Briand, „einem einigermaßen lässigen Träumer, der nur in die Zukunft blickt und sich wenig um unmittelbare logische Zusammenhänge kümmert“, aber auch Poincaré mit der „kalten Unerbittlichkeit seiner französischen Logik“ erscheint als ein „ehrlicher demokratischer Republikaner“, „erfüllt von der Ehrfurcht des alten Republikaners vor der Verfassung, von der angeborenen Ehrfurcht des Juristen vor dem Gesetz“ und keineswegs als Deutschenhasser im üblichen Sinne. Die Ruhr besetzte er 1923 „mit tragischem inneren Widerstreben“, weil er glaubte, daß er unbedingt etwas für das Prestige Frankreichs tun müsse und ebenso sehr, um eine neue Situation in den französisch-britischen Beziehungen zu schaffen, wie um ein Druckmittel gegen Deutschland in die Hand zu bekommen.

Breit und scharf aber fällt der Nadelstich des Buches auf den Faschismus, dessen Programm von 1919 ihm „ein schlecht verdautes Gemengel aus Gemeinplätzen und Kindereien“ und ein Beweis für die „politische Armseligkeit Mussolinis“ ist. In dem Regime, das der Faschismus nach seiner Machtgreifung aufrichtete, erkennt Sforza mit sicherem historischen Instinkt unswcher

eine Kopie des französischen Regimes unter Napoleon III.:

Fast alle Gehege und neuen Gedanken des Faschismus sind dieser Periode entlehnt. Louis Napoleon degradierete das Parlament zur Ohnmacht, genau so der Faschismus. Das „décret-loi“ vom 25. März 1852 machte die Präfekten allmächtig und gestörte jede lokale Selbständigkeit, genau so der Faschismus. Im bonapartistischen-Frankreich wurde 1855 die Ernennung der „maires“ (Bürgermeister) den Präfekten anvertraut, genau so unter dem Faschismus. Napoleon III. verlegte alle republikanischen richterlichen Beamten, und ein faschistisches Gesetz ermächtigt die Regierung, jeden Richter zu entlassen, der den Gehorsam verweigert. Die Behandlung der Universitätsprofessoren, die Behandlung der Presse hat ihr Vorbild in den französischen Gesetzen jener Zeit. Auch die Psychologie der beiden Regierungen ist die gleiche: die Grobheit der Nation wird so oft wie möglich unterbrochen durch Feiern, Ausstellungen, sportliche Veranstaltungen, lauter Dinge, die auf die unrituelle Phantasie wirken, während die Intelligenz in Unstätigkeit erhalten wird. Genau dieselbe Phraserei: „Lange Zeit“, sagte der zweite Bonaparte im Jahre 1852, „war die Gesellschaft wie eine umgekehrte Pyramide, die auf der Spitze steht. Ich habe die Pyramide auf die Basis gestellt.“ Und Mussolini hat es wiederholt.

Armer Hitler! Armer Goebbels! Armer Seidte! Armer Duesterberg! Da sie den Faschismus nachahmen und der Faschismus den Bonapartismus des falschen Bonaparte nachahmt, sind auch diese gegen den „welschen Erbfeind“ donnernden teufelhaften der deutschen Männer in Wahrheit

Asien dessen, den Viktor Hugo „Napoleon den Kleinen“ nannte.

Aber obwohl gezwungen, in der Emigration zu leben, mißt Sforza dem Spul des Faschismus keine übertriebene Bedeutung bei. Unererschütterlich glaubt er an den Sieg der Demokratie. Für ihn ist von überzeugender Durchschlagskraft die Lehre, die man vielfach schon wieder vergessen hat, daß der Krieg gewonnen wurde von den Völkern, die von den demokratischen Traditionen durchdrungen waren, und daß der einzige autokratische Staat, der der demokratischen Koalition angehörte, Rußland, derjenige war, der zusammenbrach“. Darum: „Das einzige Prinzip, das die Welt noch immer beherrscht, ist das Prinzip der Demokratie.“ Und mag ich Rutenbüdel und Hakenkreuz noch so trugiglich gebärden, „die machtlosen Haßkrämpfe von heute sind in Wahrheit

nur die Geburtswehen einer gefährdeten und umfassenderen Demokratie:

alles Wüten gegen sie ist nur der letzte Kraftaufwand eines geschlagenen Heeres.“ Hermann Wendel.

Das neue Buch

Das britische Weltreich

Die Welt ist anders geworden. Das erscheint jedem selbstverständlich. Aber wie stark diese Veränderungen sind, erkennt man doch mitunter überrascht an literarischen Symptomen. Auf dem deutschen Büchermarkt haben große illustrierte Werke, die sich an die breiten Massen wenden, stets eine Rolle gespielt. Über welchen Inhalt hatten früher diese illustrierten allgemeiner Orientierung dienenden Werke und welchen Inhalt haben sie heute. Früher: allgemeines Wissen, Technik, Entwicklungsgeschichte der Menschheit, Hausmedizin und ähnliches. Heute: Weltwirtschaft und Politik. Da merkt man, wie sehr auch den Massen zum Bewußtsein gebracht wird, daß Wirtschaft und Politik, Produktion und Absatz unser Schicksal bestimmen. Eine solche Bücherreihe erscheint jetzt im Bibliographischen Institut, Leipzig, und behandelt die Provinzen der Weltwirtschaft und Weltpolitik. Als erster Band erschien das Britische Weltreich, dargestellt von Hermann Lufft, der lange im Ausland, besonders in Amerika praktisch und journalistisch tätig war und durch seine Beiträge in der „Arbeit“ und im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ weiteren Kreisen bekanntgeworden

ist. Die Aufgabe, das britische Weltreich einmal als Ganzes darzustellen, ist im höchsten Maße aktuell. Der Zeitungsleser hört und sieht von der Entwicklung des Empiregedankens, von dem Kongress der englischen Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, der sich mit dem Aufbau des Empire beschäftigt hat, oder ein modernes und instruktives Werk über das britische Weltreich als Ganzes hat bisher eigentlich gefehlt. Luffts Darstellung zeichnet sich durch Systematik, Hervorheben der wirtschaftlich bedeutenden Probleme, durch Sinn für das Konstruktive des britischen Weltreichs und durch eine Darstellung aus, die das ungeheure statistische Material in lesbare Formen verwandelt. Er teilt das britische Weltreich in 14 Zonen ein und stellt in jedem Kapitel politisch und wirtschaftlich das Problem der Einzelzone an sich und die Problemlage in bezug auf das Gesamtreich dar. Von Bedeutung ist die Darstellung, aus der hervorgeht, wie das britische Weltreich gleichzeitig Improvisation und Konstruktion ist, wie überall die Sicherungsidee jedes Teiles für sich und aller Teile für das Ganze gefaltet ist und wie schließlich das Weltreich zu einer Aufgabe wird, deren Erfüllung das eigentliche Schicksal des britischen Weltreichs bedeuten wird. Illustrationen, Statistiken, Tabellen machen das Buch zu einem Nachschlagewerk ersten Ranges. Besonders erfreulich ist es, daß das photographische Material nicht, wie das in solchen Werken oft vorkommt, spielerisch zusammengestellt ist, sondern wirklich dazu dient, durch bildliche Anschauung die Karten und Tabellen in anschauliches Leben zu verwandeln. F. St.

WAS DER TAG BRINGT

Staatslotterien 400 Jahre alt

Die Staatslotterien, oder wie man sie jetzt nennt, die Klassenlotterien, können in diesem Herbst auf ein Alter von 400 Jahren zurückblicken. Ihre Wiege stand freilich nicht in Deutschland, sondern in dem Mittelpunkt des Weltens jener Zeit, in Italien, und zwar in Florenz. Im Jahre 1590 war die Stadt nach langer Belagerung in die Hände des Kriegsobersten Kaiser Karls V., Ferdinands von Gonzaga, gefallen, der ihr eine ungeheure Kriegenschuld auflegte. Um diese bezahlen und zugleich den zerrütteten Staatsfinanzen wieder aufhelfen zu können, veranfaßte die Republik Florenz die erste allgemeine Staatslotterie. Sie knüpfte damit an einen Brauch an, der bereits seit Jahrhunderten in Venedig gebräuchlich war, wo die Kaufleute ihre schwer absehbaren oder durch Havarien beschädigten Waren öffentlich auszuspielen pflegten. Zwar hatte dieses Auspielen im Anfang großen Beifall gefunden, allmählich aber nahm das Interesse an solchen Lotten ab, so bedeutend ab, daß den einzelnen Waren, um sie überhaupt loszuwerden, noch Geldsummen beigelegt werden mußten. Schließlich wurden dann die Waren überhaupt weggelassen und von den Kaufleuten nur noch das Geld ausgespielt. Diese Lotterien waren aber privater Natur, während die erste staatliche Lotterie, wie gesagt, in Florenz stattfand. Als zweiter Staat schloß sich bereits 1539 Frankreich an, wo die Staatslotterie durch die fortgesetzten Kriege des Königs sehr erschöpft war. Erst im 18. Jahrhundert verbreiteten sich diese Lotterien auch im übrigen Europa, wo sie zunächst als „gewerliche Spiele“ bekannt wurden. In Genua war es nämlich im Mittelalter Sitte gewesen, aus der Zahl der 90 Senatoren des großen Rats jährlich fünf auszusuchen und durch neue zu ersetzen. Auf die Namen der neu zu wählenden wurde nun gewettet, und diese Wetten wurden allmählich so volkstümlich, daß der Ratsherr Benedetto Gentile im Jahre 1620 die Namen durch Zahlen ersetzte und den Staat zur Uebernahme der Lotterien veranfaßte. Dies war der Anfang des heute noch bestehenden

Zahlenlotos. Dieses Loto wurde aber in den übrigen Staaten Europas allmählich in die Klassenlotterie umgewandelt, in der die Höhe und Zahl der Gewinne ebenso festgesetzt sind wie die Zahl der Lose.

Pferde in Urlaub

Von dem zweifellos richtigen Gedanken ausgehend, daß nicht nur abgearbeitete Menschen, sondern auch abgearbeitete Tiere, vor allem die auf dem Pflaster der Großstadt trabenden Pferde eine Erholung, und im wahren Sinne des Wortes eine Ausspannung nötig haben, hat der Vorstehende eines amerikanischen Tierschutzvereins, James B. Briggs aus Washington, am Potomacfluß in Maryland ein Ferienheim für erholungsbedürftige Pferde jeden Alters errichtet. Neben lustigen Ställen sind dort ausgedehnte Wiesen mit reichlichem Graswuchs vorhanden, und an den Ufern des Potomac, in dem die Tiere mit Vorliebe baden, spenden zahlreiche alte Bäume dichten Schatten. Nicht nur jüngere Pferde tummeln sich dort, auch alle, im Stadtleben abgetriebene Gänse versuchen im Genuß einer lange entbehrten völligen Freiheit noch einmal die Sprünge ihrer weit zurückliegenden Fohlenzeit. Der Preis für den Unterhalt eines Pferdes in diesem Ferienheim beträgt für die Woche zwei Dollars und ist deshalb so niedrig gehalten, damit möglichst viele Pferdebesitzer von dieser Gelegenheit, ihre Tiere reichlichem und guten Futter und dem dauernden Aufenthalt in frischer Luft erholen sich auch die müdesten Arbeitstiere schon nach zwei bis drei Wochen in überauscher Weise und wie die Menschen Lehren auch sie erlischt und gestärkt von ihrem Urlaub zum harten Tagesdienst zurück. Wie Briggs sagt, gewinnt sein Unternehmen, das er im vergangenen Jahre begonnen hat, dadurch stets größeren Anhang, daß die Pferdehalter von ihrem auf Urlaub gemessenen und dadurch gekräftigten Tieren größere Arbeitsleistungen erzielen können, als vorher, und so hofft er, daß solche Erholungshelme auch noch an andern Orten der Vereinigten Staaten eröffnet werden.

